

# Der Steinarbeiter

## Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 31. Oktober 1931

35. Jahrgang

Nummer 44

### Was ist jetzt notwendig?

Der deutsche Reichstag ist bis Ende Februar vertagt worden. Die kurze Tagung hat mit dem Siege des Kabinetts Brüning geendet. Damit ist die Regierungstruppe voraussichtlich auf einige Monate vertagt. Nunmehr tritt die äußerst schwierige Frage an alle verantwortungsvollen Politiker heran, welche Voraussetzungen geschaffen werden sollen, um über diesen schwierigen Winter hinwegzukommen. Der Stand der Dinge dürfte jedem Einsichtigen ohne weiteres klar sein. Eine riesenhafte Arbeitslosigkeit wird im Winter den Boden für großes soziales Elend ergeben. Riestige Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden müssen, um die Arme der Beschäftigungslosen zu erhalten. Wir sind uns bewußt, daß an die Finanzen der Behörden äußerst große Anforderungen gestellt werden. Die Steuereinnahmen werden weiter sinken, während die Ausgaben steigen. Ein ziemlich trübes Bild steht so vor unseren Augen.

Das Einkommen breiter Bevölkerungsschichten ist auf einer äußerst schmalen Basis angelangt. In vielen Abteilungen der deutschen Industrie sind die Löhne auf den Vorkriegsstand gesunken. Demgegenüber steht ein außergewöhnlich hoher Preisstand. Die Kleinhandelspreise stehen um ein Mehrfaches höher als die Preise des Großhandels. Der amtliche Lebenshaltungsindex zeigt im September einen Stand von 134,0. Während die Großhandelspreise vom September 1930 bis September 1931 von 128,8 auf 108,6 gefallen sind, haben sich die Lebenshaltungskosten nur von 146,9 auf 134,0 vermindert. Bei den Großhandelspreisen hat eine Verbilligung um rund 20 Punkte und bei dem Lebenshaltungsindex um 15 Punkte stattgefunden. Lebenshaltungsindex und Großhandelsindex zeigen einen großen Unterschied. Somit ergibt sich die Tatsache, daß die Warenpreise bei der Fabrikation und im Großhandel niedriger geworden sind, während die große Masse als letzter Teil der Konsumenten nach wie vor außergewöhnlich hohe Preise zu zahlen hat.

Zu einem Ausgleich innerhalb der Wirtschaft ist nur eins möglich: Anpassung des Preisstandes an die natürliche Kaufkraft der Bevölkerung. Die deutschen Unternehmer und mit ihnen die reaktionären politischen Parteien erstreben die Anpassung der Kaufkraft an einen unnatürlichen Preisstand. Dieses Verlangen kommt darin zum Ausdruck, die Löhne und die Gehälter und auch die Unterstützungssätze noch weiter herabzusetzen. Demgegenüber vertreten die Gewerkschaften die richtige Meinung, das Preisniveau der natürlichen Kaufkraft anzupassen. Dies kann nur durch eine Senkung der Preise geschehen. Wenn dieser Weg als der richtige erkannt und beschritten werden soll, so stoßen wir auf den hohen Wall, der durch die Preispolitik der Kartelle ausgerichtet wurde. Diesen Wall zu durchbrechen, ist die Aufgabe, die uns gestellt ist. Dieses Ziel kann nur durch eine tatkräftige Mithilfe der Regierung bzw. der Gesetzgeber erreicht werden. Einen Weg weist ein sozialdemokratischer Antrag, der in der Schlußsitzung des Reichstages zur Annahme gelangte. Dieser Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ersucht die Regierung,

„1. Maßnahmen zu treffen zur Senkung der überhöhten Kartellpreise namentlich für Eisen, Kohle, Zement, Düngemittel und Treibstoffe, 2. Maßnahmen zu treffen gegen Preisüberhöhungen, die auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und der Versorgung mit Gegenständen und Leistungen des täglichen Bedarfs durch Preisbindungen von Innungen oder Zweckverbänden, die sich mit dem Preise der Innungen decken, hervorgerufen werden, oder die auf Preisbindungen der nächsten Wirtschaftsstufe beruhen, 3. die Einführung einer strengen und wirksamen Monopol- und Kartellkontrolle vorzubereiten.“

Dieser sozialdemokratische Antrag entspricht den gewerkschaftlichen Forderungen. Die Senkung der überhöhten Kartellpreise, namentlich der industriellen Grundstoffe, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Die Verbilligung der

Lebensmittelversorgung kann unter keinen Umständen mehr hinausgeschoben werden. In den Jahren 1927 bis 1928 wurde durch eine Erhebung des Reichstatistischen Amtes festgestellt, daß 45,3 v. H. aller Ausgaben eines Arbeiterhaushalts auf Nahrungsmittel entfallen. Als diese Untersuchung durchgeführt wurde, hatten wir in Deutschland eine verhältnismäßig geringe Arbeitslosigkeit. Heute, wo Löhne und Gehälter gesunken sind, und die Arbeitslosigkeit hoch ist, wird der Anteil des Einkommens, der auf die Nahrungsmittel entfällt, wesentlich höher sein. Er wird teilweise drei Viertel des Einkommens ausmachen. Hieraus ergibt sich, wie außerordentlich wichtig die Senkung der Lebensmittelpreise ist. Die bisher geübte Agrarpolitik ist unter keinen Umständen mehr aufrechtzuerhalten. Die städtische und industrielle Bevölkerung Deutschlands ist durch den einseitigen Schutz der Landwirtschaft dazu verurteilt, wesentlich höhere Preise als das Ausland für Lebensmittel aufzuwenden. Den Führern der agrarischen Verbände geht diese einseitige Belastung noch nicht weit genug. Diese unerfütterlichen Volksverführer und Demagogen werden auch noch nicht befriedigt sein, wenn noch höhere Preise für die Landwirtschaft garantiert werden. Selbst wenn man der Anschauung ist, daß die deutsche Landwirtschaft erhalten bleiben muß, so ist eine Umkehr dieser Politik in der jetzigen Zeit die einzige Rettung. Das Mittel hierfür liegt in der Senkung der Lebensmittelpreise. Wenn die Grenzen für die Einfuhr mehr geöffnet werden, wird sich eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten sofort einstellen.

Daneben muß aber auch der Versorgung mit Gegenständen und Leistungen des täglichen Bedarfs auf der letzten Stufe die größte Beachtung geschenkt werden. Hier stoßen wir auf Preisbindungen, die von Innungen und Zweckverbänden ausgehen. Wenn die Kartelle für Kohle, Eisen, Düngemittel usw. Produkte umfassen, die nicht unmittelbar von der Bevölkerung konsumiert werden, so greifen auf der anderen Seite die Innungen und Zweckverbände unmittelbar in die Lebenshaltung auch des kleinsten Konsumenten ein. Die Preisbindungen, die durch die Innungen der Fleischer, Bäcker, Schuhmacher usw. ausgeübt werden, verteuern die Lebenshaltung der Bevölkerung mindestens in dem gleichen Maße, wie es die Landwirtschaft tut. Gemäß dem im Reichstag angenommenen Antrag muß es diesen Innungen verboten werden, durch organisierte Beschlüsse die freie Preisbildung zu beeinflussen. Wir sind überzeugt davon, daß eine solche Maßnahme eine unmittelbare Erleichterung bedeuten würde. Die Einführung einer strengen und wirksamen Monopol- und Kartellkontrolle, die sich auch auf die Innungen zu erstrecken hat, war niemals notwendiger als in der gegenwärtigen Zeit.

Der allein richtige Weg führt zur Anpassung des Preisniveaus an die gegebene Kaufkraft. Ein Erfolg auf diesem Gebiete wird zur Verbilligung der Bevölkerung führen und die Möglichkeit eröffnen, die grau vor uns liegenden Monate der kalten Jahreszeit zu überwinden. Die Gewerkschaften werden ihren Einfluß einlegen müssen, auf diesem Gebiete Erfolge zu erzielen. Daneben werden sie aber auch die Pläne zu verhindern suchen, die darauf ausgehen, weitere Lohn- und Gehaltsenkungen herbeizuführen. Deshalb begrüßen wir es, daß die ebenfalls von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Entschließung Annahme fand, wonach „alle Pläne und Forderungen auf Beilegung des Tariffrechts abzulehnen sind; insbesondere sind die Angriffe auf die Unabhängigkeit des Tariflohns abzuwehren.“ Die Regierung hat durch diese angenommenen Entschlüsse eine Marschroute bekommen, die sie einzuschlagen hat. An uns liegt es, der Regierung den Rücken zu stärken, daß dies tatsächlich geschieht. Unsere Aufgabe liegt ferner darin, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß das Preisgebäude ergrüttert wird, damit es der breiten Masse des Volkes möglich ist, bei den ermäßigten Geldbezügen nicht zu verhungern.

## Aus dem Verwaltungs-Jahresbericht 1930 der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft

Dem kürzlich erschienenen Bericht entnehmen wir, wie alljährlich, einige Zahlen und Angaben, die nebenbei eine Illustration der, allerdings vorjährigen, Berufslage in der Steinindustrie abgeben, aber dennoch wertvoll sind. Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft hat ihr Tätigkeitsgebiet bekanntlich in 10 Sektionen eingeteilt, sie betreute im Jahre 1930 10 365 Betriebe mit 121 265 Vollarbeitern. Diese Arbeiterzahl ergibt sich, wenn die wirklich beschäftigt gewesenen Effektivarbeiter auf je 300 Arbeitstage umgerechnet werden. Diese Zahl war 234 415; gegen 1929 ist das ein Rückgang um 76 463 oder 24,60 Prozent. Bei den Vollarbeitern ein solcher um 35 879 oder um 22,83 Prozent. Wenn diese Zahlen nicht ganz so ungünstig sind wie die von unserer gewerkschaftlichen Organisation ermittelten, dann liegt die Erklärung darin, daß die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft noch einen Teil Betriebe umfaßt, deren Belegschaft nicht zum Organisationsgebiet unseres Verbandes gehört und die auch sonst, in der Arbeitsmöglichkeit gesehen, etwas besser gestellt sind wie die der Steinarbeiter.

In 1842 Betrieben = 17,8 Prozent wurde im Jahre 1930 nicht gearbeitet; 1929 lagen 16,3 Prozent, 1928 14,6 Prozent, 1927 15,5 Prozent der Betriebe still. Also von Jahr zu Jahr eine Steigerung dieser Trostlosigkeit. Im Jahre 1929 entfallen auf einen Betrieb

noch 14,8 Vollarbeiter, im Jahre 1930 nur 11,70. Auch die errechneten Löhne auf Vollarbeiter haben eine, wenn auch minimale, Senkung erfahren. Der Tagesverdienst sank von 7,44 Mark im Jahre 1929 auf 7,41 im Berichtsjahr 1930. Der Jahresverdienst von 2233 Mark 1929 auf 2223 Mark 1930. Diese minimale Senkung glaubte vor einigen Wochen ein bekannter sächsischer Steinindustrieller mit einem Seitenhieb auf die Gewerkschaften als ein Plus für die Unternehmereinsicht der Steinindustrie abtun zu können. Uneingeweihte sollen glauben: „Seht doch her, was in der Steinindustrie noch für Löhne gezahlt werden!“ Der Hinweis auf diese Lohnzahlen beweist aber gerade das Gegenteil von dem, was der betreffende Großunternehmer glaubte herauszubillieren zu müssen, denn die große Zahl der Effektivarbeiter ist der Schlüssel zur wirklichen Einkommensberechnung und zur Beurteilung der trostlosen Lage der Arbeiter in den Betrieben, die in der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft versichert sind. Das weiß der betreffende Steinbruchsunternehmer auch ganz gut, aber in seinen Streifen paßt eben seine Behauptung besser hinein, darum „macht“ er es so...

Die Finanzierung der Berufsgenossenschaften erfolgt durch Umlageberechnung der Ausgaben auf je 1000 Mark der tatsächlich gezahlten Löhne. Die letzteren müssen nachgewiesen

werden. Damit sind natürlich allerhand Schwierigkeiten und Beitragsrückstände verknüpft; das war in besseren Geschäftszeiten schon so, in schlechteren wird es damit natürlich noch schlimmer. 1930 wurden an ausgezahlten Löhnen der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft gemeldet: 270 455 488 Mark. Ausgaben für 1930 hatte die Genossenschaft 8 536 817 Mark. Die Umlageberechnung ergab für 1930 auf je 1000 Mark Lohn eine Beitragsleistung der Firmen von 31,56 Mark. Diese Leistung mag hoch sein, ja; aber frühere Jahre besseren Geschäftsganges hatten schon ähnliche Beiträge aufzuweisen, z. B.: 1912: 26,33 Mark, 1916: 31,55 Mark, 1924: 30,85 Mark, 1929: 25,57 Mark. Die Beitragsrückstände waren: 1912: 0,78 Prozent, 1916: 1,03 Prozent, 1920: 0,43 Prozent, 1924: 3,17 Prozent, 1929: 4,81 Prozent. Auch 1930 waren die Beitragsausfälle und -rückstände sehr hoch, sie erreichten die nette Summe von 433 586,07 Mark.

In dem Gesamtetat von 8½ Millionen mit zirka 6% zu zahlenden Entschädigungen erscheint die Summe der Verwaltungskosten mit über 1% Million Mark nicht klein, doch das ist Sache der Versicherungsträger, obgleich diese sich bei anderen Gelegenheiten über die Verwaltungskosten der Gewerkschaften nicht genug entrüsten können.

Die Zahl der Unfälle einschließlich von 472 gemeldeten Berufskrankheiten belief sich im Jahre 1930 auf 21 859 (1929 waren es 31 716). Erstmals entschädigt wurden davon 2173 (1929: 2938), dazu treten noch 1443 Fälle, die zwar keine Rente erforderten, dennoch einen erheblichen Aufwand von Kosten für Heilverfahren und Kurkosten nötig machten. Auf 1000 Vollarbeiter kamen im Berichtsjahr von den erstmalig entschädigten Unfällen: 1,49 tödliche, 0,30 dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit, 1,89 Erwerbsunfähigkeit von 50 Prozent und mehr, 14,24 Erwerbsunfähigkeit unter 50 Prozent. Im Vergleich zu 1929 ist bei diesen Unfallfolgen eine Steigerung vorhanden, obgleich in der Gesamtheit der Unfälle ein Minus zu konstatieren ist. Die Steigerung bei dauernder und völliger Erwerbsunfähigkeit wird auf die Entschädigung von Berufskrankheiten zurückgeführt, die sich von 27 im Jahre 1929 auf 36 im Jahre 1930 vermehrt haben. Von den erstmalig entschädigten Unfällen betrafen 121 solche von Berufskrankheiten, die aber nur 0,99 Prozent von den anderen Unfällen betreffen; im Jahre 1929 noch weniger, nämlich 0,19 Prozent.

Die Ursachen der erstmalig entschädigten Unfälle zeigt folgende Aufstellung: Zusammenbruch, Einsturz 429; Eisenbahn, Gelbbahn 318; Fall von Personen 227; Rohstoffgewinnung, Abraum, Tiefbau, Tagebau 242; Auf- und Abladen 160; Fördermaschinen 109; Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeitsstelle 134; Berufskrankheiten 121. Die übrigen Unfälle sind auf andere Ursachen (Fahrwerk, Handwerkszeug, Explosivstoffe, Pulver usw.) zurückzuführen.

Der Bericht enthält für das Berichtsjahr 1930 keine Angaben über die Schuldfrage bei den Betriebsunfällen; sie waren sonst zusammengestellt in: Schuld des Arbeitgebers, Schuld des Arbeitnehmers, sonstige Ursachen. Wir haben in früheren Jahren diese Registrierung immer mit einem trocknen und einem nassen Auge zur Kenntnis genommen, weil wir das Gefühl nicht los wurden, daß die „Schuld des Arbeitnehmers“ zu sehr belastet war. Ob nun eine gewisse Einsicht diese für uns fragwürdige Zusammenstellung verschwinden ließ? — Wir wollen und können das nicht ergründen, sondern nehmen nur von dem Verschwinden dieser Zusammenstellung mit Genugtuung Kenntnis.

Der Bericht enthält noch wichtige, die Versicherten allgemein interessierende Angaben, z. B. daß im Jahre 1930 insgesamt 20 186 Personen — 12 465 Verletzte, 2507 Kinder, 3021 Witwen, 2029 Kinder von Getöteten, 164 Verwandte aufsteigender Linien der tödlich Verunglückten — Rente erhielten. An Italiener, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, wurden 25 659,94 Mark gezahlt. Die gesamten Unfallentschädigungen im Jahre 1930 belaufen sich auf 7 634 879,76 Mark. Das ist eine gewaltige Summe und ein Mehr gegen 1929 von 293 627,71 Mark, was im Bericht noch durch Einzelheiten näher belegt ist. Dann wird noch dargelegt, daß durch die 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es kamen 1930 472 Berufskrankheitsfälle zur Anmeldung, davon sind 121 entschädigungspflichtig geworden. Im ganzen sind seit Bestehen der erwähnten Verordnung 8 Todesfälle und 138 Krankheitsfälle entschädigt worden. Die Jahresrentenbelastung beläuft sich aus diesen Fällen auf rund 123 000 Mark. Es handelt sich um 129 schwere Staublungerkrankungen (Silicose), 6 Leukämiefälle und 11 Fälle, verursacht durch Verbindungen des Mangans. Dem Senat für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt lagen am 1. Januar 1931 von der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft noch 304 Anträge zur Entscheidung vor.

Die Berufsgenossenschaft hat 14 technische Aufsichtsbeamte, die im Jahre 1930 insgesamt 7374 Betriebe besichtigt haben; das sind 71 Prozent der vorhandenen Betriebe. In Wirklichkeit haben aber 8176 Besichtigungen stattgefunden, also einzelne Betriebe mehrermals, um festzustellen, ob Beanstandungen wirklich beseitigt wurden. Im vorstehenden haben wir das Wesentlichste für die Versicherten aus dem Verwaltungsbericht wiedergegeben, er enthält natürlich noch andere Angaben, die Zeugnis davon ablegen, daß die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft nicht nur gut fundiert (11 281 873,38 Mark Vermögen), sondern eine Einrichtung ist, die allgemein einen segensreichen Zweck erfüllt. Nur darf man nicht daran denken, wie die Berufsgenossenschaft im einzelnen recht hartnäckig kämpft, um dem einzelnen Versicherten etwaige Rentenansprüche zu erschweren oder die einmal zugestandene Rente für gesundheitliche Schäden oder Körperverfälschungen nach und nach wieder abzuknappen. Darin sind sich übrigens alle Unfall-Berufsgenossenschaften gleich!

# Wirtschaftliche Krisenzeiten sind soziale Gefahrenzeiten

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft ist äußerst hart. Am zermürbendsten wirkt die vorhandene oder beständig drohende Arbeitslosigkeit. Aber auch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnverringerungen drücken schon schwer genug auf die Lebenshaltung und auf die Stimmung und Lebensfreude. Es ist deshalb wohl zu verstehen, wenn in solcher Zeit die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften nicht mehr ansteigen, wie es mit kleinen Unterbrechungen immer gewesen ist. Wirtschaftskrisen hatten stets eine ungünstige Wirkung auf die Gewerkschaftsentwicklung. Nach der Ueberwindung der Krise ging es dann wieder um so besser vorwärts. Was es nun aber auch noch so verständlich sein, daß das Gewerkschaftsleben heute matter als sonst pulsiert, die führenden Kräfte in der Gewerkschaft dürfen sich nicht damit beruhigen, daß es schon öfter so war, wenn das Wirtschaftsbarometer sank. Es ist zwar durchaus kein übermäßig hoher Mitgliederverlust zu beklagen. Die Erscheinung braucht nicht zu beunruhigen, wenn man die gewerkschaftliche Entwicklungslinie rückwärts verfolgt. Aber befriedigen kann doch der Umstand auch nicht, daß man feststellen kann: „es könnte schlimmer sein!“ Denn Verlust ist Verlust. Und schon Stillstand wäre Verlust. Wohin sollten wohl die Gewerkschaften kommen, wenn sie nicht von einem kräftigen, nie ermattenden Gewerkschaftswillen durch das wechselnde Hoch und Tief der Wirtschaft gesteuert und letzten Endes doch ohne nennenswerte Hemmungen vorwärts getrieben würden! Wie so oft im Leben kommt es vor allem auf den Willen an, ob Schwierigkeiten und Gefahren gut überstanden werden.

Und deshalb muß gerade in der heutigen Zeit immer wieder der Gewerkschaftswille angefeuert werden. Wir wollen stark bleiben! Mehr: Wir wollen wachsen, zunehmen an Zahl und zunehmen an vorwärtsdrängendem Gewerkschaftsgeist! So muß es heißen, jetzt mehr, viel mehr als in Zeiten, wo es sozusagen von selbst vorwärtsgeht. Jetzt müssen wir uns mit aller Willenskraft vorwärtsarbeiten, vorwärtskämpfen! Ist der kapitalistische Wirtschaftsbetrieb nicht imstande, genügend Arbeit zu schaffen, so ist das überaus tröstlos. Aber noch viel tröstlicher wird die Lage für den Arbeiter, wenn er die Annatur solcher Verhältnisse gelassen hinnimmt. Er soll gerade jetzt geistig tiefer in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dinge eindringen. Seinem Geist kann man das Arbeiten nicht verwehren. Wer aber gründlich über die Verhältnisse des Lebens, die sich der Mensch geschaffen hat, nachdenkt, findet sie wenig schön und angenehm und vor allem auch wenig gerecht, zweckmäßig, vernünftig. Im geistigen Leben nun aber unvernünftig der Naturtrieb, das Leben sinnvoll, angenehm und schön zu gestalten. Dieser Naturtrieb wird leider oft unter dem Uebermaß an Bürde und Arbeit erstickt, das die auf der Schattenseite des Gesellschaftslebens Stiehenden tragen müssen. Sie kommen in den Zeiten, wo es genügend Arbeit gibt, müde, übermüde oft nach Hause und wollen dann nichts weiter als eine Zeitlang nicht arbeiten. Mit dem Geist ist es da ähnlich, wie mit dem Körper: auch er will sich am liebsten nicht mehr anstrengen, wenn die Arbeitsleistung einen langen Tag hindurch Muskel, Nerven und Sinne und nicht zuletzt auch den Geist anspannt. Es ist ja nicht so, wie ein Aachener Universitätsprofessor neulich hinzustellen suchte, daß der Arbeiter lediglich seine Muskel anzustrengen braucht. Das ist in heutiger Zeit ein sehr großer Irrtum. Er sollte eigentlich einem Lehrer der Technischen Hochschule nicht unterlaufen können. Die Arbeiter werden auch geistig ihren Aufgaben im modernen Arbeitsvorgang voll und gerecht. Aber die, die sich Führer in der wirtschaftlichen Arbeit nennen, haben längst weitgehend versagt. Oder wenn sie nicht versagt haben, haben sie sich doch fast ausnahmslos willig unter das Joch des Kapitalismus gebeugt, auch dann, wenn sie die mancherlei schweren und verhängnisvollen Fehler dieses Wirtschaftssystems wohl erkannten. Sie bekamen für das Gute-Miene-zu-bösem-Spiel-machen in der Regel hohen Lohn. So ist die Wirtschaftswelt denn schließlich immer tiefer in einen Sumpf geraten, der das natürliche Wachsen der Dinge verhindert, der das Leben erstickt, wenn es zum Ziel durchdringen will. Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Schönheit und Freude sind nicht dort zu Hause, wo der Kapitalismus sein habgieriges Regiment führt.

Die kapitalistische Unfähigkeit wird selbst von einem Dr. Schacht, dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten, ins rechte Licht gerückt. „Ein Kapitalismus, der nicht fähig ist, Arbeit für die Massen zu schaffen, hat keinen Sinn und seine Berechtigung verloren.“ So ungefähr drückt sich ein Mann aus, der ganz gewiß auf dem Boden der herrschenden Wirtschaftsordnung steht. Ueberall da, wo vorurteilslos den Ursachen der Wirtschaftskrisen nachgespürt wird, kommt der Zweifel an der Richtigkeit dessen, was besteht. Die Arbeiterschaft aber hat in erster Linie die Aufgabe solchen vorurteilslosen Nachspürens. Und Millionen von ihnen haben jetzt unfreiwillige Mühe dazu. Nützen sie sie. Sie können dann auf eine Art geistige Werte schaffen, die außerordentlich großen Nutzen für die Arbeiterschaft zur Folge haben kann.

Der Gewerkschafter, der in schwerer Zeit die Finte ins Korn wirft, schädigt seinen Stand, schädigt darüber hinaus sein Volk, ja, die Menschheit überhaupt. Der geistige, der sittliche, der kul-

turelle Fortschritt müßte zu allen Zeiten erkämpft werden, mit geistigen Mitteln und mit den Mitteln des Willens vor allem erkämpft werden. Solcher Kampf um das Wahre, Gute und Schöne ist der beste Inhalt des Menschenlebens, im tiefsten Grunde der eigentliche Lebenszweck. Wer nicht mitkämpft, obgleich er Unrecht leidet, obgleich er weiß, daß es seine Pflicht ist, für Gerechtigkeit, Wahrheit und Fortschritt einzutreten, beraubt sich selbst der besten Lebenswerte. Im gesunden Menschen ist die Kraft, zu wachsen und fortzuschreiten, kräftiger als alles andere. Wer dieser Kraft willig folgt, wird froh und heiter werden. Wer sie unterdrückt, merkt, daß er ein Unrecht begeht. Und das stimmt ihn unzufrieden. Heute ist die Gefahr für die Arbeiterschaft größer als je zuvor, inniger und unerschütterlicher als je zuvor müssen sie deshalb auch zusammenstehen. Die Gefahr darf nicht entweichen, nicht zerstreuen, sie muß einen Stahl, zielstarrer machen. Werbe jeder, wo er stehen und zu allen passenden Zeiten für seine Gewerkschaft! Werbung ist für jede Bewegung, die die Massen gewinnen will und gewinnen muß, eine selbstverständliche Notwendigkeit. Es stehen noch sehr viele Arbeiter außerhalb des organisierten Gewerkschaftskampfes, viele stehen auch am falschen Platze. Es geht nun einmal nicht, zweierlei Ideen zu dienen; man muß entweder warm oder kalt, für den Kapitalismus und seine glückverheißenden Begleiterscheinungen sein oder dagegen. Wer ein wenig nachdenkt, ist natürlich dagegen.

Wirtschaftliche Notzeiten wurden stets von den Beherrschern der Wirtschaftsmacht dazu ausgenutzt, den Arbeitern die mühsam erkämpften sozialen und kulturellen Errungenschaften wieder abzunehmen. Dazu waren dann in der Regel alle Mittel recht. Der Kapitalismus war nie stark von sittlichen Bedenken beeinflusst, wenn er seine gewinnjüchtigen Ziele verfolgte. Er ging stets, wie das Sprichwort sagt: „Ueber Leichen zum Ziele.“ Das sollte gerade heute kein Arbeiter vergessen. Krisenzeiten der Wirtschaft sind auch soziale Krisen- und Gefahrenzeiten.

## Zur Senkung der Hauszinssteuer

Vom Bund Deutscher Mietervereine (Dresden) wird uns dazu mitgeteilt:

Die schematische Senkung der Hauszinssteuer um 20 v. H., die nach der Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 mit Wirkung ab 1. April 1932 in Kraft treten wird, dürfte wohl von niemand als die endgültige Lösung des Hauszinssteuerproblems angesehen werden. Seit Monaten hatte die Reichsregierung eine Reform der Hauszinssteuer angekündigt. Was jetzt geschehen ist, mutet wie eine recht überflüssige Verlegenheitslösung an. Bereits in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 war die Abgeltung des Aufwertungs-zinszuschlages ausreichend geregelt. Die Durchführung war den Landesregierungen überlassen worden. In der Tat ist ja auch die Hauszinssteuer im Rahmen des deutschen Steuersystems eine Steuer der Länder und Gemeinden.

Die Hausbesitzerorganisationen meinen, eine Ermäßigung der Hauszinssteuer um 20 v. H. lange nicht zu, um den ab 1. Januar 1932 eintretenden Aufwertungs-zinszuschlag zu decken. Bemerkenswert hierzu, daß nach Ansicht des Deutschen Städtetages bereits eine Senkung der Hauszinssteuer um 15 v. H. zum Ausgleich der Aufwertungs-zinserhöhung völlig ausreichen würde.

Der Bund Deutscher Mietervereine e. V., Sitz Dresden, vertritt die Auffassung, daß in der gegenwärtigen Notzeit eine Senkung der Hauszinssteuer zugunsten des Hausbesitzes überhaupt nicht zu rechtfertigen ist. Wenn sich jetzt alle Volkschichten mit geringeren Einkünften abfinden, wenn sich sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger, alle Erwerbslosen, Rentner- und Fürsorgeempfänger andauernde Kürzung ihrer Bezüge gefallen lassen müssen, dann muß sich auch der Hausbesitz bescheiden und aus den derzeitigen Mieterträgen den höheren Zinsendienst decken. Die derzeitige gesetzliche Miete reicht dazu aus, wofür nicht im Einzelfalle neue, hochverzinsliche Goldmarkhypothekenschuldungen vorliegen. Diese haben aber im Regelfalle ihre Ursache nicht in Bedürfnissen der Grundstücksbewirtschaftung und kommen deshalb für die entscheidende Frage der normalen Leistungsfähigkeit nicht in Betracht. Unter Zugrundelegung einer für städtische Verhältnisse als üblich zu bezeichnenden Friedensbruttoertragsung der Miet-hausgrundstücke zu 6 v. H. beträgt der Aufwertungs-zins für Hypotheken und Eigenkapital 3 1/4 v. H. der Friedensmiete. Bei einer gesetzlichen Miete von 120 v. H. und 48 v. H. Hauszinssteuer (Höchststeuer) verbleiben für Betriebs- und Instandhaltungskosten einschließlich Verwaltung 40% v. H. der Friedensmiete. Damit muß, mindestens in Notzeiten, auskommen sein. Zu beachten ist dabei, daß dem Hausbesitzer in der Vorkriegszeit üblicherweise nur 15 bis 20 v. H. der Friedensmiete für die Grundstücksbewirtschaftung zur Verfügung standen. Der Rest, also 80 bis 85 v. H. der Friedensmiete, entfiel auf den Zinsendienst für Hypotheken und Eigenkapital.

Es kann nicht wundernehmen, daß die Ansichten darüber, welche Beträge zu einer geordneten Grundstücksbewirtschaftung unbedingt erforderlich sind, zwischen Hausbesitzern und Mietern auseinandergehen, zumal in Zeiten der Not — und in solchen leben wir jetzt. Grundätzlich unterscheidet sich die Einstellung der Mieter zur Grundstücksbewirtschaftung von der der Hausbesitzer dadurch, daß die Mieterorganisationen den Hausbesitz nicht als ein Wirtschaftsunternehmen anerkennen, sondern nur als eine Kapitalanlage. Bei dieser Einstellung zur Sache hat für die Mietenberechnung jeder

Unternehmergewinn, auch jeder verdeckte, auszuscheiden. Der Hausbesitzer muß sich damit begnügen, daß die Miete außer der Kapitalverzinsung einen angemessenen, nicht überreichlichen Betrag für die Hausbewirtschaftung deckt.

Wenn jetzt durch die neue Notverordnung eine Senkung der Hauszinssteuer verfügt wird, die, im ganzen genommen, bei 2000 Millionen Mark veranlagter Hauszinssteuer für den Hausbesitz eine jährliche Mehreinnahme von 400 Millionen Mark ausmacht in einer Zeit, in der ungezählte Familien ohne eigene Schuld schon den gegenwärtigen Mietzins nicht mehr aufzubringen vermögen, dann müssen solche Maßnahmen Erbitterung hervorrufen. Man verweist die hilfsbedürftigen Mieter auf die Fürsorge. Jedermann weiß aber doch, wie es dort bestellt ist. Die Senkung der Mietzinssteuer wird nach den Berechnungen des Deutschen Städtetages die Wohlfahrtslasten für die Hauszinssteuerbefreiten Mieter um 60 bis 80 Millionen Mark im Jahre steigern, je nach der Strenge der Bedürftigkeitsprüfung. Das ist eine sehr beachtliche Nebenwirkung der Hauszinssteuerentlastung.

Wenn es ums Leben der Nation geht — und darum geht es jetzt — müssen auch dem Hausbesitz Opfer zugemutet werden. Der Einwand der Leistungsunfähigkeit ist billig. Hausbesitzer ist kein Beruf. Es handelt sich nicht darum, ob dem einzelnen Hausbesitzer als Person das zugemutete Opfer anzuführen ist, sondern darum, ob das Haus als Wirtschaftskörper bei den von ihm verlangten Leistungen bestehen kann. Diese Frage bejaht der Bund Deutscher Mietervereine für eine Grundstücksbelastung, die der gegenwärtigen entspricht, wobei er sich darüber klar ist, daß auch hier Ausnahmen nur die Regel bestätigen.

## Krankenversicherung bei ruhender Mtu

Nach § 117 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist der Arbeitslose während des Bezuges von Hauptunterstützung gegen Krankheit pflichtversichert. Es ist dies ja allen Versicherten wohlbekannt, so daß hierauf wohl nicht weiter eingegangen zu werden braucht. Die verschiedenen Notverordnungen der letzten Zeit haben nun mancherlei neue Bestimmungen gebracht bzw. bestehende Vorschriften veräußert, nach welchen die an sich sonst zustehende Unterstützung nicht zur Auszahlung gelangt. Sie wird dann entweder gesperrt oder sie ruht. Während früher eine derartige Nichtauszahlung der Unterstützung zu den Seltenheiten gehörte, ist sie heute eine tägliche Erscheinung. Es ist aus diesem Grunde die Frage berechtigt, ob der Arbeitslose in solchen Fällen, in denen also keine Unterstützung gezahlt wird, auch gegen Krankheit versichert ist oder nicht. Diese für die Arbeitslosen so wichtige Frage läßt sich nicht leicht beantworten. Geht man nach dem Wortlaut des Gesetzes, so hat die Versicherung gegen Krankheit nur dann stattzufinden, wenn die Hauptunterstützung tatsächlich zur Auszahlung gelangt. Erfreulicherweise hat die Rechtsprechung diese für die Versicherten harte Auslegung nicht allgemein befestigt. Ob eine Krankenversicherung stattfindet oder nicht, kommt ganz darauf an, aus welchen Gründen die Unterstützung nicht zur Auszahlung gelangt.

Ist über den Arbeitslosen auf Grund der Paragraphen 90, 92 und 93 des bereits erwähnten Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Sperrfrist verhängt (wegen schuldhaften Verlustes der Arbeitsstelle, Weigerung einer Arbeitsaufnahme usw.), so unterbleibt für die Dauer der Sperrfrist die Krankenversicherung. Das Reichsversicherungs-gesetz hat dies in einer Entscheidung vom 12. März 1930 ausdrücklich festgelegt. In derselben heißt es: „Die Krankenkasse kann für einen Arbeitslosen keine Beiträge beanspruchen für Zeiten, für die dem Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung gemäß der Paragraphen 90, 92 und 93 gesperrt ist.“ Da den Krankenkassen während des Laufes dieser Sperrfristen keine Beiträge zustehen, entfällt für die davon betroffenen Arbeitslosen während dieser Zeit die Krankenversicherung. Die Unterstützungssperre kann im schlimmsten Falle (was ziemlich häufig geschieht) 12 Wochen betragen. Der Arbeitslose genießt dann für diese Zeit nicht den Schutz der Krankenversicherung, so daß es sich für ihn empfiehlt, sich freiwillig weiter zu versichern.

Anders ist die Rechtslage dann, wenn die an sich zustehende Unterstützung aus anderen Gründen nicht zur Auszahlung gelangt. Derartige Möglichkeiten bestehen durch die Anrechnung von Renten, Gelegenheitsverdienst, Unterstützungsgewährung an den Ehegatten usw. auf die Arbeitslosenunterstützung. Wird durch eine derartige Anrechnung die Unterstützung nur gekürzt, so besteht die Krankenversicherung ohne Zweifel auf jeden Fall weiter, auch wenn die gewährte Unterstützung nur ganz geringfügig ist. Strittig ist die Frage, ob der Arbeitslose dann gegen Krankheit versichert ist, wenn er infolge der eben erwähnten Anrechnungen für eine Zeit überhaupt keine Unterstützung erhält. Nach der Rechtsprechung muß diese Frage bejaht werden. In der Begründung zu der eben angeführten Entscheidung heißt es: „Von einem Bezug der Unterstützung kann nur gesprochen werden, wenn die Hauptunterstützung gewährt wird. Dabei ist jedoch nicht notwendig, daß die Hauptunterstützung tatsächlich gezahlt wird; es genügt, wenn sie dem Arbeitslosen gesetzlich zusteht.“ Auch wenn ein Arbeitsloser infolge von Anrechnung irgendwelcher anderer Bezüge keine Arbeitslosenunterstützung erhält, steht sie ihm doch eigentlich gesetzlich zu. Aus diesem Grunde ist er vom Arbeitsamt für solche Zeiten auch gegen Krankheit zu versichern. Geschieht dies von einem Arbeitsamt nicht, so empfiehlt sich auf jeden Fall, die Beschreitung des Beschwerdeweges.

## Schlechte Führerauslese

Die Lahusen

Eines der wichtigsten Ziele, das durch eine demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens erreicht werden soll, ist die möglichst zuverlässige Aussonderung der begabten, tüchtigen, ehrenhaften und willensstarken Menschen für die führenden Stellen. Jede Gesellschaft und Wirtschaft braucht Führer. Es hat sich gezeigt, daß die autokratischen Grundformen des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens nur ganz vereinzelt wirklich tüchtige und Charaktervolle in führende Stellungen gebracht haben. Sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft machte sich fast ausschließlich die geistige und sittliche Mittelmäßigkeit, oft genug sogar die ausgesprochene Minderwertigkeit in den wichtigsten Führerstellungen breit. In den wirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetrieben war es nicht anders. Menschen, die in ihrem Wissen und Erkennen, in ihrem Können und Vollbringen hervorragten, stießen überall an; sie ließen sich ja nicht willenlos in Herkommen, Gewohnheit und Zwang aller Art irgendwo einordnen. Wohl in keinem Volke haben sich Persönlichkeiten, besonders junge, werdende Persönlichkeiten schwieriger Anerkennung erringen können als im deutschen. Form, Schema, Vorurteil, Raffengeist beherrschten und beherrschten noch heute weitgehend unser öffentliches und privates Leben.

Gedankenlos wird durchweg das Lob von der Masse nachgesprochen, das sich die Führer in der Wirtschaft in Deutschland gerne so oft und so laut selbst singen. Es hat bedeutende Persönlichkeiten in der früher schnell emporgestiegenen deutschen Wirtschaft gegeben. Es waren aber trotz der im ganzen recht beachtlichen Wirtschaftserfolge Deutschlands nur sehr wenige. Heute ist die deutsche Wirtschaft so überaus arm an wirklich innerlich berufenen Wirtschaftsführern, daß es Staat und Wirtschaft geradezu zum Verhängnis zu werden droht. Es gibt kaum etwas Niederdrückenderes als in der heutigen problemschwangeren Zeit die Presse der Unternehmerviertel, der großen sowohl als auch der kleinen, zu lesen. Die geistige Armut und sittliche Dürftigkeit dieser Blätter ist wirklich nicht mehr zu überbieten, von dem minderwertigen Gewande, in dem allerhand Rückständigkeit und Ueberheblichkeiten geboten werden, gar nicht zu reden. Besonders bezeichnend ist es, daß selbst urteilsfähige, nicht auf das Geschäftsmachen um jeden Preis eingestellte Persönlichkeiten hier und da sehr sorgenvoll auf die deutsche Führerarmut hingewiesen haben. Es ist nicht damit zu rechnen, daß das heute Gesellschafts- und Wirtschaftssystem noch einmal bedeutende Persönlichkeitswerte in genügender Zahl hervorbringen kann. Es hat eben keinen sittlich

festen Kern und keine die Menschen emporziehende Ideale. Beides aber ist für eine gesellschaftlich-wirtschaftliche Ordnung das wichtigste und unentbehrlichste. In Zeiten der Not und Gefahr zeigt es sich am deutlichsten, daß eine menschliche Gemeinschaft nicht ohne Gemeinsinn auskommen kann. Die heutige Wirtschaft stellt aber die Selbsthilfe in den Mittelpunkt alles Geschehens; dementsprechend ist alles Denken und Wollen selbstständig. Was wundert man sich da noch groß darüber, daß der Kapitalist das Kapital über die Landesgrenzen schafft und dann im Lande schreit: „Ich brauche dringend Kapital, mein Betrieb muß ganz und gar auf Kapitalbildung eingestellt werden! Was wundert man sich darüber, daß überall, wohin man sieht, sich nichts so sehr aufdrängt als Heuchelei und Lüge, wohin man sich dann allerhand schlechte Absichten verbirgt! Aber so toll auch auf Schritt und Tritt sich Unwahrscheinlichkeit und Unredlichkeit breitmachen — es gibt trotzdem noch viele Menschen, die merken es gar nicht, wie sie belogen und betrogen werden. Unsere Aufgabe ist es, diese Gutgläubigen, Vertrauensseligen, Gleichgültigen, Unwachsamen aufzurütteln.

In der letzten Zeit sind große Industrien und Banken zusammengebrochen, zusammengebrochen durch eigene Schuld oder anders ausgedrückt: durch das Versagen ihrer Leiter. Dieses Versagen ist weiter nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß eben die deutsche Führerschaft nicht gerade persönlich hoch dasteht. Da sind z. B. die Lahusen, die einen Verlust von 240 Millionen Mark haben. Der Aufsichtsrat hat nur 24 Millionen Mark festgestellt. O diese Aufsichtsräte! In ihre „segenreiche“ Tätigkeit müßte wirklich bald einmal recht gründlich hineingeleuchtet werden. Spricht es nicht ohne weiteres Bände, daß ein Unternehmen 240 Millionen Mark herunterwirtschaften kann, ohne daß es jemand merkt! Und wie häufig kommen doch solche Dinge in der heutigen Wirtschaftsform vor! Allerdings: hinter Schloß und Riegel bringt man die Ehrenmänner der Wirtschaft äußerst selten. Aber bei den Lahusen war es nun doch ganz und gar unmöglich, es zu vermeiden.

Was waren diese Lahusen doch für wertvolle „Führer“ Persönlichkeiten! Der „beherrschende“ Zug ihres Wesens war die Frömmigkeit; sie waren „positiv gläubige“ Menschen. Der Großvater des jetzigen Großbankrotteurs war Bauerer Bremischer Kirchen- und Führer im Kampf gegen die „tekerischen“ Ansichten der liberalen Pastoren Bremens. Die Familienchronik meldet immer wieder von Stiftungen und Geschenken für die orthodoxe Kirche; so erhielt die Bremer Liebfrauentirche eine teuere Orgel. Der „tiefe religiöse Zug“ der Lahusen zeigt sich dann recht überzeugend darin, daß ihr über alle bürgerlichen Begriffe verschwendendster eingerichtete Prunkschloß Hohehorst auch eine kostbare, holzgeschnitzte Kanzel im Festsaal besaß. Ein Lahusen war Generalinspektor. Am Weich-

nachten erhielten die Angestellten eingerahmte Bibelsprüche, die Kinder aber eine Million Goldmark. Der „tiefe religiöse Zug“ wurde allzeit ergänzt durch den ebenso tiefen, vor allen Dingen ebenso allen erkennbar betonte „nationale Sinn“. Diese Art kapitalgelegener Staatsbürger fühlt es fast ausnahmslos instinktiv, daß es für die Gewinninteressen günstig ist, wenn man den guten Patrioten und den frommen Christen spielt. Viele sind auch gar nicht imstande, zu erfassen, was denn nun eigentlich ein guter, ehrenhafter, gerechter und wahrhaftiger Mensch ist und was ein widerlicher Frömmel und „bekennnisgläubiger“ Christ. Das Heucheln und Lügen wird mit der Zeit so zur Gewohnheit, daß es nicht mehr als sittliche Minderwertigkeit empfunden wird.

Das Bild von den Lahusen wäre unvollkommen, wenn nicht der tiefe menschenverachtende Zug hineinkäme, der sich darin zeigte, daß die Arbeiter und Angestellten in jeder nur irgend möglichen Art rückwärtslos ausgebeutet wurden, und daß es mit allen Mitteln zu verhindern versucht wurde, daß sie sich gewerkschaftlich organisierten. Der Frömmel will stets geistig knechten und der Kapitalist gesellschaftlich und wirtschaftlich. Darum haben sie sich auch zu allen Zeiten so gut verstanden.

Von jeher gehörten die Nordwollearbeiter zu den schlechtest bezahlten der Textilindustrie. Die Frau des Kommerzienrats — der Kommerzienratstittel gehört ja unvermeidlich zum Gelde — mischte sich einmal in die Verhandlung mit den oft streikenden Arbeitern. Sie sagte höhnisch: „Lieber lasse ich meine Pferde mit goldenen Hufeisen beschlagen, als daß ich zugebe, daß auf der Nordwolle höhere Löhne bezahlt werden!“ Das klingt sehr fromm und sehr energisch, besonders das „als daß ich zugebe“. Die Lahusen schickten, wie einst deutsche Fürsten, Werber ins Ausland, um Menschenmaterial für die Fabriken zu erhalten, das weder lesen noch schreiben konnte und, einmal aus der Heimat entfernt, alles hinnehmen mußte, was der fromme Sinn der nimmersatten Rasser an geschäftstüchtigen Ausbeutungsmethoden erfand. Als Werber diente man orthodoxe Pastoren. Ueberall herrliche Führer!

## Die Ernährung im modernen Arbeitsleben

Kantine, Speiseanstalt oder Mutters Kost?

Das Badische Gewerbeaufsichtsamt hat vor längerer Zeit die Ergebnisse einer recht interessanten Erhebung im „Jahresberichte des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes“ (Karlsruhe 1931) bekanntgegeben. In ihm schreibt das Gewerbeaufsichtsamt für die von den Arbeitern und Angestellten genossenen Speisen u. a.: „In der Kantine werden nur kalte Speisen, Brot, verschiedene Wurstsorten, Käse, bisweilen auch Butter, abgegeben. Die Preise

## Auf groben Klotz gehört ein grober Keil!

Der Kollege Gustav Nitsche, Berlin, schreibt uns: Wenn man nach des Tages Mühen eine Stunde Erholung beim Lesen eines gut durchdachten Artikels oder eines guten Buches findet, ist das immer eine anregende und belebende Sache, dagegen ist es geisttötend, wenn man aus Berufsgründen gezwungen ist, den geistlosen Schrieb eines weltfremden Artikelschreibers lesen zu müssen. Diese Empfindung habe ich stets bei den „hochaktuellen“ Artikeln von Dr. Andres in den Fachzeitschriften der Unternehmer in der Steinindustrie. Unter der Ueberschrift „Die Reform der deutschen Sozialversicherung“ in Nr. 29 der Zeitschrift „Der deutsche Steinbildhauer“ hat der Genannte einen Artikel losgelassen, der sich würdig den bisher von ihm verfaßten Abhandlungen anschließt.

Nachdem den dreimal verruchten Sozialdemokraten und den Abgeordneten der meisten bürgerlichen Parteien die Lesiten verlesen werden, daß sie sich in früheren Jahren geradezu überboten hätten, auf dem Gebiet der Sozialversicherung immer neue Anträge von uferlosem Ausmaß zu stellen, werden aus dem edlen Herzen des Unternehmersyndikats folgende Weisheiten verkündet:

„Es wäre eine Katastrophe von gar nicht auszubedenkendem Ausmaß, wenn die Versicherungsträger nicht mehr in der Lage wären, wenigstens die wesentlichsten Leistungen an die Versicherung zu bewirken.“

Weiß nicht, ob es nur die Angst von Dr. Andres ist, daß er selbst mal arbeitslos werden könnte und dann keine Aussicht auf Erwerbslosenunterstützung hätte? Oder aber habe ich den zitierten Satz nicht richtig begriffen, weil die Hauptbetonung auf das Wort „wesentlichsten“ gelegt werden muß? Wenn letzteres der Fall ist, dann muß die Frage aufgeworfen werden: Was versteht man unter „wesentlichster Leistung“? Ist eine Invalidenunterstützung von 40 bis 60 Mark pro Monat oder eine Krifenunterstützung von 9 bis 14 Mark pro Woche für einen verheirateten Arbeitnehmer eine Leistung, die als „wesentlich“ bezeichnet werden soll? Der Artikelschreiber Dr. A. hat jedenfalls keine Ahnung, wie die Empfänger von Unterstützungen aus der Sozialversicherung vegetieren; wenn er versuchen würde, nur vier Wochen mit den Sägen eines Unterstützungsempfängers auszukommen, würde er „wesentlich“ bessere Artikel schreiben — lernen.

Die schlimmsten Gebilde für einen Unternehmersyndici sind nun einmal die Gewerkschaften. Und daß diese Berruchten noch einen Kongreß abhalten und dieser sich obendrein noch erdreißet, über das privatkapitalistische System zu sprechen, stellt nach dem Ausspruch Dr. A. das Unerhörteste dar, was sich die Gewerkschaften geleistet haben.

Mit Verlaub, Herr Dr., ich und meine Kollegen alle sehen es als unerhört an, wenn jemand, der anscheinend von wirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Dingen soviel versteht, wie der Esel vom Schlitzschuhlaufen, sich erdreißet, die Ausführungen eines Eggert, Uffhäuser und Leipart als Demagogie zu bezeichnen. Die Geschichte der Hohenzollern mögen Sie sehr gut gelernt haben, aber von der Entwicklungsgeschichte in der Nachkriegszeit und der Leistung der Gewerkschaften für die Volksgesamtheit haben Sie noch nie etwas begriffen, und daß Sie die Gedanken eines Lederer und Brauer nicht begreifen, hätten Sie gar nicht betonen brauchen, das wußte jeder vorher, der Ihre weltfremde Schreibwut kennt. Der folgende Satz in Ihrem Schrieb beweist noch mehr wie Weltfremdheit:

„Sedem, der sich noch ein einigermaßen objektives Urteil bewahrt hat, ist es nicht zweifelhaft, daß die große Arbeitslosigkeit von dem Zusammenbruch der Betriebe kommt, und daß der Zusammenbruch der Betriebe daher kommt, daß seit der Revolution systematisch die Erträge der Betriebe in den verschiedensten Formen weggesteuert sind, um sie denjenigen Kreisen zuzuführen, die immer damit aufgetrumpft haben, daß sie die Revolution gewonnen hätten, und daß deshalb die Erträge der Wirtschaft ihnen gehörten.“

Er meint die Arbeiterschaft und deckt die Schwerindustrie, die Direktoren und Aufsichtsräte der Großbanken, die Lahusen, die Großgrundbesitzer usw. Sind nicht dorthin Millionen über Millionen an Subventionsgeldern aus Steuermitteln gezahlt worden? Oder waren es die Großenpensionäre und abgehalfterten Fürsten, die heute noch Millionenbeträge an Abfindungen und Pensionen aus Steuermitteln beziehen? Nach den Gedankengängen von Dr. A. muß es wohl anders sein; aber daß Arbeiter und Angestellte die Steuererträge zugestekt bekommen haben, wird kein vernünftig denkender Mensch behaupten können. Im Gegenteil, die Arbeiter und Angestellten mußten schuften, um die Betriebe überhaupt erst in die Lage zu versetzen, Steuern zahlen zu können.

überschreiten nicht die ortsüblichen.“ Doch kommt die Kantine meist nur zur Ergänzung der Ernährung in Betracht. Wichtiger ist für die Ernährung der arbeitenden Menschen ein warmes Mittagessen, das den Arbeitern und Angestellten ermöglicht wird. Aber „nur wenige Fabrikspiesanstalten geben ein warmes Mittagessen für die Arbeiter aus, öfter für die Angestellten. Das warme Essen besteht immer aus Suppe, Fleisch und reichlichem Gemüse. Ein fleischloser Tag in der Woche ist meistens eingeführt. Das Essen wird zu einem Preise von 50 bis 80 Pfennig abgegeben, zu dem es in der kleinen häuslichen Küche in gleicher Qualität“ wie es da heißt, „nicht hergestellt werden kann, selbst dann nicht, wenn die Firma keinen direkten Zuschuß für das warme Essen gibt, was vielfach geschieht.“

Dennoch machen auffallend wenig Arbeiter von dieser guten und billigen Eßgelegenheit Gebrauch.“

Das ist bedauerlich, aber es kennzeichnet treffend die ganze, große Not. Lieber weniger ausgeben und schlechter ernährt sein, das ist der Grundsatz, zu dem dieses Leben leider die meisten zwingt. Nicht auf die Gesundheit kann das Leben der arbeitenden Menschen heute allgemein eingestellt werden, sondern es ist darauf eingerichtet, daß für alles möglichst wenig ausgegeben wird, damit für alle Bedürfnisse wenigstens ein wenig da ist.

Darum „bringen sich die meisten Arbeiter ihr Essen von zu Hause mit und wärmen es in der Fabrik.“ Man rechne nur den niedrigen Betrag für ein Essen in der Speiseanstalt 50 Pfennig. Das würde für Mann, Frau und zwei Kinder 2 Mark für das Mittagessen ausmachen. Das ist zu viel. Das besorgt die Frau billiger, wenn auch nicht so nahrhaft, wie das Essen da in der Anstalt zu sein scheint. Andere wieder begnügen sich mit kalter Küche. Und zwar meistens Arbeiter. „Angestellte nehmen häufiger das feste warme Mittagessen ein, jedoch auch selten mehr als die Hälfte der Gesamtzahl.“

„Eine ungesunde Gewohnheit!“ fügt der Bericht hinzu. Aber bezeichnend für das notwendige Bemühen im heutigen Arbeitsleben, möglichst billig zu leben, wenn das Einkommen für eine geordnete Gestaltung des Lebens nicht reicht. Diese Untersuchungen, die auch in anderen Bezirken durchgeführt werden müßten, beleuchten einwandfrei die großen Mängel, die das kapitalistische Arbeitsleben der Ernährung der arbeitenden Massen bringt.

Die Ernährung zeigt sich heute nicht als eine unbedingte Notwendigkeit von der größten Bedeutung für die Gesundheit. Für die meisten ist die Ernährung etwas Nebenständliches. Möglichst billig muß sie sein und möglichst wenig Zeit darf sie in Anspruch nehmen. Die Ernährung der arbeitenden Menschen ist für die großen Massen heute noch eine ungelöste Aufgabe.

Und dann die fragliche Weisheit, daß die Arbeitslosigkeit von dem Zusammenbruch der Betriebe herkomme. Umgekehrt ist es richtiger. Die Betriebe sind zusammengebrochen, weil durch die Arbeitslosigkeit den breiten Massen die Möglichkeit genommen wurde, Erzeugnisse der Betriebe zu konsumieren, wodurch die Produktion eingestellt werden mußte. Und die Arbeitslosigkeit ist dadurch entstanden, weil die Ueberproduktion, durch die Rationalisierung und Technisierung, einen solchen Umfang angenommen hatte, daß Tausende von Arbeitern auf die Straße geleitet wurden. Mit solchen Problemen braucht sich natürlich ein gut bezahlter Syndizi nicht befassen, es genügt, wenn er seine Weisheit aus der „Rheinisch-Westfälischen“, dem „Total-Anzeiger“ oder dem „Angriff“ schöpft.

Wo nur und wann haben die Gewerkschaften eine Ueber-rationalisierung in dem Ausmaße, wie sie in Erscheinung getreten ist, gewünscht? Die Gewerkschaften haben natürlich darauf hingewiesen, daß mit mittelalterlichen Methoden die deutsche Industrie und das Handwerk nicht lebensfähig bleiben kann; haben aber nicht verlangt, daß Millionen und aber Millionen in neuen Betriebsanlagen und Maschinen investiert und dadurch den Betrieben die Betriebsmittel entzogen werden. Nach Ansicht von Dr. A. hätten wir also keine Krise, wenn die Betriebe veraltet geblieben wären, wie sie zu Großpaters Zeiten waren. Und wenn Dr. A. dreißt und gottesfürchtig die Behauptung aufstellt, die Gewerkschaften hätten noch keine Vorschläge gemacht, wie unsere Wirtschaft wieder aufgebaut und das große Heer der Arbeitslosen wiederum in den Produktionsprozess eingefügt werden kann, dann möchte ich nur antworten: es wäre besser gewesen, Herr Dr. A. hätte sich schon vor zwei Jahren den Schlaf aus den Augen gewaschen, dann hätte er sicher gesehen, daß die Gewerkschaften damals schon eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Bankkontrolle und anderes forderten. Ersteres um recht viele Arbeitnehmer in Arbeit und damit kaufkräftig und steuerleistungsfähig zu erhalten, und letzteres um zu verhindern, daß Milliarden vom Volksvermögen ins Ausland verschoben und damit der Volkswirtschaft entzogen werden.

Ein recht erbärmlicher Wicht ist nach unserer Ansicht jener, der sein Geld ins Ausland verschiebt und dadurch erzwingt, daß die deutsche Industrie und das Handwerk sogenannte Auslandsanleihen zu hohen Zinssätzen aufnehmen muß. Ein erbärmlicher Wicht ist aber auch jener, der versucht, die gesunde Denkfraft zu zertümmern.

Ein Anfängerkurs für Nationalökonomie in der Berliner Gewerkschaftsschule könnte dem Verfasser der Bandwurmartikel in der Fachpresse der Steinindustrieunternehmer empfohlen werden, vielleicht brauchen wir dann künftig den Raum im „Steinarbeiter“ nicht mit der Kritik einer „Doktorarbeit“ in Anspruch zu nehmen. Möglich ist, daß in dem angeführten Schluß des Artikels von Dr. A. etwas gelündere Ansichten in Erscheinung treten. Viel Hoffnung ist zwar nicht vorhanden, ich werde daher wohl auch dazu noch einiges zu sagen haben.

## Welche und wie viele Rentenbeträge werden auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet?

Nach § 112a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, der ebenfalls durch Notverordnung geändert worden ist, kommen folgende Rentenleistungen auf die Arbeitslosenunterstützung zur Anrechnung:

1. Rente aus der Invaliden-, Unfall-, aus der Reichs-Knappschafts- und Angestelltenversicherung.
2. Renten aus einer Versorgungsanstalt (Zusatzversicherungsanstalt) und Renten aus einer zuzählenden Rentenversicherung dienenden Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft.
3. Renten wegen Gesundheitsförderung auf Grund des Reichsversicherungs-gesetzes, ebenfalls auch Kriegrenten.
4. Renten auf Grund des Altrentnergesetzes.
5. Renten auf Grund des Kriegspersonenschädengesetzes.
6. Renten aus dem Wehrmächtsversorgungsgesetz.
7. Renten auf Grund der früheren Militärversorgungsgesetze.
8. Renten auf Grund des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder sowie auf Grund des Reichsgesetzes über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswassererschuß.
9. Sinterbliebenrenten und -beihilfen auf Grund der Gesetze von 3 bis 9, soweit sie nicht auf § 9 des Altrentnergesetzes beruhen.
10. Wartegelber, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenrenten sowie Kinderzuschläge (Kinderbeihilfen), ferner Uebergangsgebühren-nisse und Zulagen zu den Uebergangsgebühren, die der Arbeitslose auf Grund des Wehrmächtsversorgungsgesetzes, des Reichsgesetzes über die Schutzpolizei der Länder oder des Reichsgesetzes über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswassererschuß bezieht, Dienstzeitbezüge nach dem Militär-versorgungsgesetz sowie Witwen- und Waisenbezüge nach § 9 des Altrentnergesetzes.
11. Uebergangsrenten nach § 6 der Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsstrantheiten.

Ausgenommen von der Anrechnung sind jedoch: Pflegegeld aus der Unfallversicherung, Pflegezulage, Führerhundzulage und Zuschläge nach dem Reichsversicherungsgesetz, Uebergangsrente nach § 5 der Zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufsstrantheiten vom 11. Februar 1929.

Von den Rentenbeträgen, die auf Grund der unter 1 bis 11 aufgeführten Gesetze gewährt werden, wird allerdings dem Arbeitslosenunterstützungsempfänger nicht der gesamte Betrag auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet. Ein Rentenbetrag von 15 Mark bleibt anrechnungsfrei, das heißt, der 15 Mark übersteigende Betrag kommt zur Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung.

Wenn ein Arbeitsloser mehrere Renten bezieht, so bleiben nicht von jeder Rente 15 Mark anrechnungsfrei, sondern nur von einer Rente. Von den anderen Renten wird jedoch der volle Betrag angerechnet.

Wurde einem Arbeitslosen entgegen den Anrechnungsvorschriften Unterstützung gewährt, so kann die Reichsanstalt für die zuviel gezahlten Beträge Ersatz aus den unter 1 bis 11 genannten Bezügen beanspruchen. Zur Befriedigung des Ersatzanspruchs darf auf rückständige Beträge bis zu ihrer vollen Höhe, auf andere Bezüge nur bis zu ihrer halben Höhe zurückgegriffen werden.

Demotritus.

**Kollegen! Lest eure Verbandszeitung und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!**

Langenaltheim. Am 11. Oktober 1931 tagte in Langenaltheim eine Bezirkskonferenz für das Litho-Zugebiet. Kollege Heinrich Schorr als Bezirksleiter begrüßte die Delegierten und den Gau-leiter Kollegen Hermann, Würzburg, sowie die Gäste. Dann erstattete er Bericht über seine Tätigkeit: 40 Einläufe, 42 Ausläufe, Versammlungen 5, Sitzungen 9, 3 Lohnverhandlungen im Lithogebiet. Die Mitgliederzahl im Gebiet ist bis jetzt trotz der Wirtschaftskrise einigermaßen stabil geblieben, fast 90 Prozent der Mitglieder sind arbeitslos. Auch im Zoramarmorgebiet sieht es be-treffs Arbeit sehr schlecht aus. Den Kassenbericht des Bezirks erstattet Kollege Möhner, der einen Bestand von 65,87 Mark nachwies. Die Revision fand alles in bester Ordnung. An der Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen, die Hausagitation empfahlen, auch das Verhalten der Christlichen wurde kritisiert. Ein Kollege verlas einen Zeitungsartikel vom 27. August 1931 aus dem „Donau-wörther Anzeiger“, nach dessen Befundung der Vorsitzende Trem-mel vom christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband im nahen Mörsheim eine Versammlung abhielt anlässlich einer Organisationsfeier der in diesem Verbandsorganisierten christlichen Steinarbeiter. In dieser Versammlung hat Herr Tremmel mächtig gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften losgelegt. (Red.: Der Artikel liegt uns vor und wenn er nicht die Eigen-meinung des betreffenden Berichterstatters oder -schreibers wider- gibt, wären die Ausführungen Tremmels mehr wie hannebüchsen. Nach unserer Auffassung kann bei den heutigen Zeitverhältnissen unmöglich ein Verbandsvorsitzender und Reichstagsabgeordneter, auch wenn er dem Zentrum angehört, solche Ausführungen gemacht haben, ohne als weltfremd und erzeaktionär aus-gelacht worden zu sein. So soll er dort — immer nach dem Be-zicht — unter anderem gesagt haben: „Es ist keine gesunde Sozial-politik, dem Säugling schon den Verjorgungsschein in die Wiege zu legen.“ Vorläufig aber bezweifle ich, daß ein Ab-geordneter, der im Zentrum als Arbeitervertreter angesehen wird, derartigen Unsinn verapstet hat.) Auf der Konferenz wird be-schlossen, den Verbandsvorsitzenden Kollegen Winder zu ersuchen, im Gebiet mehrere Versammlungen abzuhalten. Die Christen haben hier großen Lärm gemacht, weil sie ihre Organisation hier im Gebiet vor 25 Jahren aufgegeben und bis heute haben erhalten können. Ihre Verbandsunterstützungslagen im Auslagenfenster während ihrer Feier an vorderster Stelle.

Der Gauleiter Kollege Hermann ging auf diese Angelegenheit näher ein und zeigte das wahre Gesicht dieser Organisations-macher. Im weiteren gab er den Delegierten gute Hinweise über Au und Ru, was beifällig aufgenommen wurde. Mit der Mahnung, ununterbrochen für den Verband zu werben, wurde mit einem Hoch auf diesen die Konferenz geschlossen.

Wuppertal. Wiederholt wurde im „Steinarbeiter“ darauf hin-gewiesen, daß in verschiedenen Marmorbetrieben in Wuppertal-Eberfeld eigenartige Zustände herrschen. Besonders in der heutigen Zeit, in der die Arbeiterschaft die schwersten Folgen der kapita-listischen Weltkriege zu tragen hat und der größten Not preisgegeben ist, glauben die Unternehmer dieser Branche hier am Ort sich be-sonders hervortun zu müssen. Unter Anwendung und Ausnützung der wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen großen Er-werbslosigkeit werden die Löhne nach Willkür bezahlt, die Arbeits-zeit nach Launen und Bedarf der Unternehmer endlos gesteigert und anderes mehr.

In dieser Hinsicht zeichnet sich die Firma Jaf. Best, Wupper-tal-Eberfeld, besonders aus. Bei dieser Firma herrschen schon länger untragbare Zustände. Ein Teil der Belegschaft arbeitet im wilden Afford, trotz eines Tarifvertrages, der nur Stundenlohn- vorzieht. Ein anderer Teil arbeitet im Stundenlohn mit der Mah-nahme, daß pro Tag eine Stunde gratis gearbeitet werden muß. Um dieses Ausbeutungssystem unbehindert durchführen und er-halten zu können, sorgt der freundliche Unternehmer dafür, daß er nur unorganisierte Berufskollegen und Hilfskräfte beschäftigt, die dann leider durch Unkenntnis und durch das Gespenst Arbeits-losigkeit gezwungen werden, unter den genannten Verhältnissen zu arbeiten. Zu diesen besonders betonten Missetänden gesellen sich noch andere.

Aber dieser Betrieb ist nicht allein, der von sich reden läßt. Auch die Firma Otto Werme, Wuppertal-Eberfeld, kann sich rüh-men, in Beziehung Betriebsverhältnisse einer Konkurrenz Best nicht nachzustehen. Hier arbeitet die Belegschaft unter tariflichen Lohn-bedingungen, aber die Arbeiter erhalten ihren Lohn meist nur zum Teil ausgezahlt. Dadurch entstehen enorme Kassenlücken, die zum größten Teil erst durch das Arbeitsgericht beizutreiben sind. Wehe dem, der seine volle Abrechnung oder gar seine Rückstände verlangt. Besonders sind hier die Lehrlinge ein Ausbeutungs-objekt. Ein Schreiben an den Vater eines der Lehrlinge wird das noch besser beleuchten:

„Ich bin mit Ihrem Sohn . . . absolut nicht zufrieden, weil der-selbe ganz besonders mir gegenüber frech auftritt! Sie wollen davon Vormerkung nehmen, daß ich Ihren Sohn weiterhin nicht mehr gebrauchen kann, wenn er in Zukunft sich weigern sollte, täg-lich eine Ueberstunde zu machen. Zu dieser Forderung bin ich berechtigt, insbesondere, da ich den Schultag stets mitbezahlte.“

Auf jeden Fall habe ich keine Lust, in der heutigen schweren Zeit mich mit einem ungezogenen Bengel herumzuärgern. Falls er meinen Anordnungen in Zukunft nicht folgt, wollen Sie Ihren Sohn zu Hause behalten.

Den Rest des ihm zustehenden Geldes werde ich nicht eher aus-bezahlen, als bis er sich anständig benimmt und folgsam ist.“

Hierzu ist ein Kommentar überflüssig. Nur sei bemerkt, daß Herr Werme, nach einer Antwort des Vaters, der ihm durch das Ar-beitsgericht Aufklärung erteilen lassen wollte, sich eines anderen Besonnen hat.

Wir sind der Ueberzeugung, daß keine auswärtigen Kollegen diese Zustände billigen und daher zur Unterstützung unseres Kampfes gegen die hiesigen Unternehmer bis zur Beseitigung dieser Miß-stände die Betriebe der Marmorindustrie im Wup-pertal meiden werden.

Wolfschagen. Am 17. Oktober feierte die Zahlstelle ihr 25jähriges Bestehen, verbunden mit Ehrung von neun Gründern und Subi-laren. Der Feier des Tages entsprechend hatten sich trotz schwerer Wirtschaftsnöte zahlreiche ältere und jüngere Kollegen zu der schlich-ten Feier eingefunden. Der Vorsitzende, Kollege Sageborn, begrüßte die Erschienenen, schilderte den Werdegang der örtlichen Organisation, sowie das Verdienst der Jubilare in würdiger Weise. Gauleiter Kollege Schmitt überbrachte die Glückwünsche des Zentralvorstandes. In seiner Festrede ging der Kollege auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ein, dankte auch den Frauen unserer Jubilare, die durch die Tätigkeit des Mannes für die Gewerkschaft auf manche Stunde des Familienlebens verzichtet haben. Die junge Generation möge sich ein Beispiel an den alten Vorkämpfern nehmen. Nach Vortrag des Sozialistenmarsches dankte der Vor-sitzende nochmals den Jubilaren, insbesondere Kollegen Klinge-biel, der zugleich auf eine 25jährige Kassierertätigkeit zurück-blicken kann, und überreichte ihnen das vom Zentralverband der Steinarbeiter und der Zahlstelle gestiftete Ehren-diplom mit Um-zahnung und einen Band von Karl Legien. Kollege Jamichie überbrachte die Glückwünsche der Zahlstelle Wildemann, überreichte als Symbol der Verbundenheit ein Tischbanner und ließ seinen Gruß auf ein Hoch der Organisation ausbringen. Kollege Bahl dankte im Namen der Jubilare für die ihnen erwiesene Ehrung. Nach Abschluß der eigentlichen Feier drehten sich die Paare im Tanz. Alle gingen mit dem Bewußtsein nach Hause, im Kreise unter Gleichgesinnten abseits aller Tageslasten einige frohe Stun-den verlebt zu haben.

# Rundschau

„Wieder eine Kartellgründung“. Unter diesem Stichwort meldet der „Vorwärts“ vom 23. Oktober: „Der Kartellgeist der deutschen Unternehmer ist nach wie vor ungebrochen. Wo es irgendwie geht, werden neue Kartelle gegründet. So hat sich in Sachsen jetzt eine Verkaufsvereinigung sächsischer Granitbetriebe aufgemacht, die den einheitlichen Verkauf der von den Mitgliedsfirmen hergestellten Graniterzeugnisse in Wertsteinen und Begebautstoffen durchführen soll. Natürlich haben auch gleich zwei Syndikate wieder einträgliche Beschäftigung gefunden, die Deutschland davon überzeugen werden, daß für die Kartelle nichts so notwendig ist als die freie, vom Staat nicht beeinflusste Wirtschaft, das heißt eine Wirtschaft, bei der der Staat sich nicht darum kümmert, daß man die Kommunen und Provinzen ausbeutet, die die hauptsächlichsten Auftraggeber für die Granitindustrie sind. Die Granitindustrie hat es gewiß nicht leicht in der jetzigen Zeit, aber mit der Hochhaltung der Preise wird sie sicher nicht zu größeren Aufträgen kommen.“ — Ob es sich hier um eine Erweiterung der bereits im Juni 1930 in Leipzig gegründeten Quarzporphyr-Union, oder wie es den Anschein hat, um eine Neubildung für Ostfachsen handelt, haben wir bisher nicht feststellen können. Jedenfalls kann man, auch vom beruflichen Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, sich der kritischen Bemerkung des „Vorwärts“ zu dieser eventuellen neuen Verkaufsvereinigung nur anschließen. Die Natursteingewerbetreibenden, wie sie einer ihrer markantesten Vertreter einmal in verärgelter Weise im Gegensatz zu Industriellen cynisch bezeichnete, haben bereits viele verpackte Gelegenheiten aufzuweisen. Diese sächsische Neugründung ist auch eine solche!

**Kreditkrise und Arbeitsmarkt.** Die im Monat Juli über Deutschland hereingebrochene Kreditkrise wird sich erst nach und nach auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Eine kleine Probe davon liefert der Bericht des Landesamts Rheinland vom 21. August. Wir lesen dort:

„In der Berichtszeit haben sich erstmalig die im Juli vorbereiteten Betriebseinschränkungs- und Stilllegungsmaßnahmen, deren Ursachen auf die Geldkrise zurückgeführt, bemerkbar gemacht. Die Anzahl der Betriebe, die solche Maßnahmen durchgeführt haben und durchzuführen beabsichtigen, betrug im ganzen Monat Juli innerhalb des Rheinlandes 172 und erreichte im August unter dem Druck der Finanzkrise bereits 378. Wenn auch ein gewisser Prozentsatz der Anzeigen (in der Regel 40 bis 50 v. H.) vorsorglicher Art ist, so sind diese dennoch als Zeichen der wachsenden Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt nicht gering zu schätzen.“ — In ähnlicher Weise wird sich

## Adressenänderungen

1. Gau: Piffallen. Vorj. u. Kass.: August Berwing, Gartenstraße 9.
3. Gau: Sächlich. Vorj.: Richard Thomschke, Häslich 48, P.
7. Gau: Bischofsgrün. Kass.: Michael Hahn, Bischofsgrün 38.
11. Gau: Leer (Ostfriesl.). Vorj.: Theodor Krieter, Marienheil, Post: Leer (Ostfriesl.).

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

### Sammlungen:

- Sonnabend, 31. Oktober.  
In Zabel bei Meissen um 14.30 Uhr im „Zweissenhaus“.  
Montag, 2. November.  
In Spandau (Bezirk) um 19 Uhr bei Höpfer, Pichelsdorfer Straße 5.  
Mittwoch, 4. November.  
In Berlin (alle Branchen) um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, (Vierteljahrsversammlung).  
Sonnabend, 7. November.  
In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Köhlig, Schlossstr. 45.  
Sonntag, 15. November.  
In Hirschberg (Schles.) um 14 Uhr in der alten Hoffnung (Steinfeger-Jahrgang, Stellung zum neuen Tarif, Abgabe der Wohlfahrtskarte).

**Schwarzenbach a. Saale.** Die Firma Morgeneier & Schörner hier am Ort mutet den Steinarbeitern zu, 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Die Firma ist deshalb streng zu meiden!

**Leipzig II.** Entsprechend § 8 des Reichstarifvertrages für Stein- und Straßenbauarbeiten wird vom Zahlstellenvorstand darauf hingewiesen, daß unorganisierte Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung einen um 5 Prozent gekürzten Betrag ausgezahlt erhalten. Verbandsmitglieder haben bei Abhebung der Wohlfahrtsunterstützung unbedingt ihr Verbandsbuch vorzulegen.

Zabel bei Meissen, Darmstadt und Leipzig II (Steinfeger): Derliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt.

**Gau IV und X.** Wohlfahrtskarte. Wie alljährlich müssen auch 1931 die Wohlfahrtskarten am 15. November den Unternehmern abgegeben werden. Diese haben die Aufgabe, die gesammelten Wohlfahrtskarten den zuständigen Geschäftsführern der Wohlfahrtskarte bis zum 25. November 1931 zu übermitteln, deren Adressen unten angeführt sind. Jeder Kollege ist selbst verpflichtet, auf seine Wohlfahrtskarte die genaue und vollständige Adresse einzutragen und bei Übernahme der Wohlfahrtskarte sich zu überzeugen, daß die richtigen Quittungsmarken für die Zeit vom 16. 11. 1930 bis zum 15. 11. 1931 geklebt sind. Später einlaufende Wohlfahrtskarten bleiben unberücksichtigt. Für den Gaubezirk IV kommen folgende Geschäftsstellen in Frage:

- Innungsbezirk Altmark: Arbeitgeberverband der Altmark eB. in Stendal, Bahnhofstraße 42.  
Innungsbezirk Braunschweig: Steinsehermeister Albr. Koch in Braunschweig, Geisstraße 3, III.  
Innungsbezirk Magdeburg: Steinsehermeister Otto Bense in Magdeburg, St.-Michael-Straße 39.  
Innungsbezirk Halberstadt: Steinsehermeister Jos. Darius in Osterleben (Bode).  
Innungsbezirk Anhalt: Steinsehermeister Karl Schmidt in Reglau (Anh.), Goethestraße 14.  
Innungsbezirk Sächsl. Merseburg: Mitteldeutscher Handwerkerbund in Halle a. S., Brüderstraße 3.  
Innungsbezirk Gera: Steinsehermeister Emil Terp in Gera, (Thür.), Weinbergstraße 11.  
Innungsbezirk Thüringen: Steinsehermeister Wilh. Becker in Mühlhausen (Thür.).  
Innungsbezirk Erfurt und Umg.: Ingenieur W. Stange in Erfurt, Bismarckstraße 21.  
Im Gau X: Innungsbezirk Hannover und Hilbesheim: Heinrich Beck in Hannover-Linden, Mathildestraße 14, H. II.  
Innungsbezirk Kassel: Bezirksleiter Konrad Reiss in Kassel, Spohrstraße 6, Gewerkschaftshaus.

die Kreditkrise überall auswirken. Die Arbeiter und Angestellten haben wieder die Hauptopfer dieser Katastrophe zu tragen.

**Gehirnleister.** In verschiedenen Teilen des Reichs wird eine demagogisch gefärbte, mehrfarbig gedruckte Flugchrift unter dem Titel „Warum arbeitslos?“ verbreitet, auf die wir bereits im Leitartikel der Nr. 89 des „Steinarbeiter“ verwiesen haben. Herausgeber ist der Verein zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, der sogenannte Langnam-Verein. Das Thema „Warum arbeitslos?“ wird in der Schrift in der verschiedenartigsten Weise abgehandelt. In Bildern und graphischen Darstellungen wird gezeigt, wie hoch die Steuern sind, die Stundenlöhne usw. Da wird z. B. die Behauptung aufgestellt, daß der Anteil der Löhne und Gehälter am Fertigprodukt 71 v. H., der Anteil der Steuern 16 v. H. und der Anteil der Zinsen usw. 13 v. H. betragen. Daraus wird nun hergeleitet, daß die Löhne und Gehälter viel zu hoch seien. Die öffentlichen Lasten werden natürlich entsprechend demagogisch dargestellt. Auf einem Bild wird ein Unternehmer gezeigt, der zu den Arbeitern sagt: „Ich muß leider wieder einige Leute entlassen, der Mann dort hat mir wieder zu viel aus den Betriebsmitteln weggenommen.“ Dabei zeigt er auf einen Mann, der mit einem großen Geldsack einem Haus zuschreitet, woran verzeichnet ist: „Neubau der Ortskrankenkasse.“ Daraus kann man ersehen, wie verlogen und demagogisch die Schrift abgefaßt ist. Das ganze ist eine Heze gegen die durch die Krise so hart betroffenen Arbeiter. Daß die Unternehmer solche Schriften in Massen herstellen lassen und verbreiten, zeigt, daß sie noch Geld genügend zur Verfügung haben. Auf der anderen Seite wird aber dadurch deutlich bewiesen, welche Mittel man anwendet, um den Arbeitern das Gehirn zu verkleistern. Kollegen, weist solche Subelschriften mit aller Entschiedenheit zurück.

**Wie bekommt man einen Gesundheitspaß?** Wie wir vom Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung hören, wird dauernd aus allen Landesteilen angefragt, warum der von ihm unter Mitarbeit anderer sozialhygienischer Organisationen herausgegebene „Ge-

## Gesundheit und Krankheit

Die Volksfürsorge fördert die Gesundheitspflege

Das Hygiene-Museum in Dresden ist für die wissenschaftliche Forschung und die Aufklärung des Volkes gleich bedeutend. Am 10. Oktober d. J. konnte eine neue Abteilung des Museums, die Sonderschau „Gesundheit und Krankheit“, der Deffentlichkeit übergeben werden. Sie ist durch eine Stiftung der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsattiengeellschaft in Hamburg, errichtet worden und stellt nach übereinstimmender Auffassung der Fachwelt eine der wertvollsten, sicher aber die interessanteste Bereicherung und Ergänzung des Museums dar. Krankheiten sind Uebel der Menschheit und Geißeln besonders der Besitzlosen. Jede Bewegung, sie zu bekämpfen, muß auf das lebhafteste begrüßt werden. In der neuen Gruppe „Gesundheit und Krankheit“ wird ganz ausgezeichnetes für die Gesundheitspflege geleistet, was man überall zu würdigen wissen wird. Erfreulich ist, daß die in graphischen Darstellungen und Tafeln übersichtlich und systematisch geordnete Schau den gewaltigen Stoff dem Beschauer in leicht verständlicher Form übermittelt.

Noch erfreulicher ist, daß ein Unternehmen der Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit Mittel zur Verfügung stellen konnte, um den Ausbau zu sichern. Die Volksfürsorge, die durch ihre Leistungen Dienst für die Gesundheitspflege als einen Erfolg buchen.

Zum Ausdruck kam diese Anschauung in den Eröffnungsfeierlichkeiten, an denen Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums, der Behörden, wissenschaftlicher und sozialer Institutionen und der Presse teilnahmen.

Herr Professor Dr. Vogel, der wissenschaftliche Direktor des Deutschen Hygiene-Museums, umriß aus diesem Anlaß in einem Vortrag die Begriffe Gesundheit und Krankheit, die äußeren und inneren Einflüsse auf den Gesundheitszustand des Menschen, Konstitution und Disposition des Menschen für bestimmte Erkrankungen und den großen sozialen und auch volkswirtschaftlichen Wert der Gesundheitspflege. Der Vortrag war so recht geeignet, die Notwendigkeit gerade dieser Abteilung zu beweisen.

Direktor Streine von der Volksfürsorge wies anschließend in schlichten Worten auf die Entwicklung und die Bedeutung der Volksfürsorge hin, die eine wichtige soziale Mission erfüllt und schon seit Jahren die vielseitigen Einrichtungen für den Gesundheitschutz unterstützt hat. Sie übernahm bereitwillig die Ausgestaltung der neuen wichtigen Ausstellungsgruppe des Hygiene-Museums und glaubte, durch die Unterstützung der Wissenschaft in zweckmäßiger und wirkungsvollster Form den auf Hebung der allgemeinen Volksgeundheit gerichteten Bestrebungen der breitesten Volksschichten und auch der 2 Millionen Versicherten der Volksfürsorge Rechnung getragen zu haben.

Zum Schluß dankte Oberbürgermeister a. D. Dr. Blüher, Dresden, der Volksfürsorge für die große Leistung und Hilfe, die in der jetzigen Zeit doppelt schwer wiegt, weil die Behörden und öffentlichen Körperschaften sich bei allen Ausgaben große Einschränkungen auferlegen müssen.

„Gesundheitspaß“ nicht im Handel direkt zu beziehen sei und wo erhältlich ist. Um diese zahlreichen Anfragen zu vermeiden, sei Interessenten deshalb mitgeteilt, daß die Bestellungen auf den „Gesundheitspaß“, die Anforderungen von Werbematerial, Bestellkarten usw. unmittelbar an die „Schadenverhütung“ Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Alboinstraße 21/23, die den Verlag des „Gesundheits-Passes“ übernommen hat, zu richten sind. Diese direkte Belieferung ist aus dem Grunde gewählt worden, um den Preis des „Gesundheits-Passes“ (1,90 Mark einschl. Porto für 64 Seiten in Ganzleinen fest gebunden) im Interesse einer weiten Verbreitung so niedrig halten zu können.

**Heiliger Sebastian, verschon mein Haus, jünd' andere an!** Es ist ein Streit darüber entstanden, was als Zwangswirtschaft zu betrachten ist. Die deutschen Unternehmer erklären, Zwangswirtschaft seien die tariflich gebundenen Löhne. Die Gebundenheit der Kartelle betrachten sie nicht als Zwangswirtschaft. Die „Voss Ztg.“ Nr. 466 beschäftigt sich mit dem Problem Zwangswirtschaft, wobei sie in der Deutweise der Unternehmer folgende Widerprüche aufdeckt:

„Wenn die Wirtschaft Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft fordert, so handelt sie nicht folgerichtig, wenn sie die Preis- und Konditionsfesseln auf allen Wirtschaftsstufen toleriert. Dabei hat das Unternehmertum kein Recht zu sagen, daß die Löhne starr seien, daß eine Vernichtung des staatlichen Tarif- und Schlichtungs-Systems notwendig sei, um sie elastisch zu machen. Denn das staatliche Schlichtungs-System hat eine Beweglichkeit gezeigt, die, wie die neue Lohnsenkung im Ruhrgebiet, auf den geringsten Wind der Industrie reagiert. Wir finden dagegen, daß die Preise starr sind und in keiner Weise der Senkung der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten gefolgt sind, noch die ständig gesunkenen Löhne widerspiegeln. Dabei ist der Bergbau noch immer auf seinen hohen Höhen, so daß man fragen könnte, ob nicht zum Ausgleich der englischen Konkurrenz ein Preisabbau für Kohle einen besseren Effekt erzielt haben würde. Der unbefangene Beobachter sagt sich nicht mit Unrecht, daß die Starrheit der Preise eine Ursache haben müsse. Wenn er die internationalen Verhältnisse außer Betracht läßt, dann stößt er immer wieder auf die Zwangswirtschaft der — Kartelle.“

Diesen Ausführungen eines bürgerlichen Klattes ist wenig hinzuzufügen. Das staatliche Schlichtungs-System hat sich als weit beweglicher gezeigt, wie dies im allgemeinen hingestellt wird. Weniger beweglich sind die privatwirtschaftlichen Faktoren der Zwangswirtschaft. Solange die gebundenen Preise auf dieser Höhe beharren, müssen wir die privatkapitalistische Zwangswirtschaft als für die Wirtschaft gefährlicher bezeichnen, als Löhne jemals sein können.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Wuppertal-Elsfeld wurde der Kollege Max Beutler wegen Tarifbruches aus dem Verbandsausgeschlossen.

## Briefkasten

**Werner.** Wer verschollen ist, kann im Wege des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt werden. Die Todeserklärung ist zulässig, wenn seit zehn Jahren keine Nachricht von dem Leben des Verschollenen eingegangen ist. Sie darf nicht vor dem Schluß des Jahres erfolgen, in dem der Verschollene das 31. Lebensjahr vollendet haben würde. Ein Verschollener, der das 70. Lebensjahr vollendet haben würde, kann für tot erklärt werden, wenn seit fünf Jahren keine Nachricht von seinem Leben eingegangen ist.

**M. Urlaub.** Nach dem allgemeinen Rechtsempfinden geht es leider nicht, sondern nach richterlichen Entscheidungen. In diesem Falle so: Ein Arbeitnehmer, der während des Urlaubs erkrankt, hat keinen Anspruch auf Nachgewährung des infolge der Erkrankung nicht ausgenützten Resturlaubs oder auf Nachzahlung einer entsprechenden Urlaubvergütung. (Bensch. Samml. Bd. 10, S. 474.) Auch für Schwerbeschädigte gilt in dieser Hinsicht nichts anderes.

## Anzeigen

**Steinlezer und Berufsgenossen Bezirk Groß-Berlin**  
Versammlung am 1. November um 10 Uhr in den Brunnen-sälen, Brunnenstraße 15. Mitgliedsbuch legitimiert!

**Achtung! Steinsetzer und Berufsgenossen im Tarifbezirk Groß-Berlin und Brandenburg.**

Die Arbeitgeber sind benachrichtigt, daß die Wohlfahrtsbücher für dieses Jahr zum 3. November ordnungsgemäß abzuschließen und bei der Lohnzahlung

spätestens am 6. November an die Arbeitnehmer auszuhändigen sind.

Wo die Bücher nicht rechtzeitig ausgehändigt werden, müssen die Kollegen sie einfordern.

Jeder Kollege hat darauf zu achten, daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden genau eingetragen und dementsprechende Marken geklebt sind.

Nach den Bestimmungen des neuen Tarifvertrages vom 11. 4. 31 müssen die Bücher bis

spätestens Dienstag, den 10. November

im Ortsbüro, Berlin, Engelufer 25, Zimmer 46, abgegeben resp. umgetauscht werden.

Jene Kollegen, die ihre Bücher erst nach dem 10. November abliefern, gehen nach den Bestimmungen des neuen Tarifvertrages ihres Anspruches verlustig.

Jeder Kollege hat sich über das abgegebene Buch eine Quittung auszuhändigen zu lassen.

**Ohne Quittung erfolgt später keine Auszahlung.**

Die Auszahlungstermine werden später an dieser Stelle bekanntgegeben.

Der Obmann der Schlichtungskommission.

**Berlin** Am Mittwoch, 4. November, um 18 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vierteljahrsgeneralversammlung für alle der Zahlstelle Berlin angehörenden Kollegen.

Tagesordnung: 1. Bericht vom 3. Quartal; 2. Vortrag des Genossen Schlimme über: „Wohin der Weg?“; 3. Verschiedenes.

Da wichtige Angelegenheiten besprochen werden, wird erwartet, daß alle Kollegen recht pünktlich erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. — Den Arbeitslosen werden 50 Pfennig Fahrgeld vergütet.

Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

## Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl,  
Rammen, Brechstangen  
und sämtliche Werkzeuge  
für den Straßenbau liefert  
auch nach außerhalb  
Otto Teske, Berlin N 31  
Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk., Maurersocken 1,10 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 15.—, II 11,50, III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2 (Spezialfabrik für Berufskleidung)

## Marmorwaren-Fabrik sucht Marmor-Steinmetz als Teilhaber

Angebote unter K. K. 59 befördert die Schriftleitung des „Steinarbeiter“

**Die Bezugsquelle für alle** des In- und Auslandes ist für jeden unserer Berufskollegen und seinen Angehörigen die **Verlagsgesellschaft des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6a.** Man wende sich deshalb im Bedarfsfalle vertrauensvoll an die genannte Adresse.

## Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Mittweida.** Am 13. Oktober der Hilfsarbeiter Paul Köhler, 32 Jahre alt, Herzschlag.  
**Ohlau.** Am 13. Oktober der Steinsetzer Robert Thaler, 69 Jahre alt, 7 Monate krank, Herz- und Nierenleiden.  
**Dortmund.** Am 14. Oktober der Marmorhauer Johann Wagner, 47 Jahre alt, Freitod.  
**Niederlamsitz.** Am 14. Oktober der Brecher Jakob Georgi, 61 Jahre alt, 3 Jahre 5 Monate krank, Herzleiden.  
**Breslau.** Am 16. Oktober der Granitsteinmetz Paul Rother, 56 Jahre alt, Schlaganfall.  
**Berlin.** Am 16. Oktober der Hilfsarbeiter Gottl. Hampel, 75 Jahre alt, Lungenerkrankung.  
**Obernkirchen.** Am 16. Oktober der Brecher Wilhelm Krone, 56 Jahre alt, 23 Wochen krank, Krebs-Geschwulst.  
**Dresden-Pirna.** Am 17. Oktober der Brecher E. W. Martin, 69 Jahre alt, 9 Jahre krank, Rheumatismus.  
**Hamburg.** Am 19. Oktober der Steinsetzer Joachim Bartels, 64 Jahre alt, 4 Wochen krank, Darmverschlingung. — Am 21. Oktober der Steinsetzer Heiner Ehlers, 69 Jahre alt, Gehirnschlag.  
**Marlenwerder.** Am 20. Oktober der Rammer Karl Kiedrowski, 49 Jahre alt, 16 Monate krank, Herzschwäche.  
**Wünschelburg.** Am 22. Oktober der Sandsteinmetz Kaspar Kraft, 52 Jahre alt, 17 Monate krank, Staublunge.

E H R E I H R E M A N D E N K E N

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Wiedler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Ist die bestehende Wirtschaftsform noch länger möglich?

Die Wirtschaftskrise ist mehr als eine Konjunkturkrise, sie ist eine Krise, die bis an die der heutigen Wirtschaft zugrunde liegende Gedankenwelt vordringt.

In dieser drückenden, trüben Luft der Mißstimmung und Verzweiflung, der Unklarheit und Verworrenheit, der Feigheit auch vor den wahren Tatsachen des Lebens

wuchs die Giftpflanze des Nationalsozialismus. Der Kapitalismus wird nichts unterlassen, diese für seine bedrängte Lage gerade zur rechten Zeit ins Kraut geschossene Pflanze auf jede nur mögliche Art sorgfältig zu düngen.

Jetzt besorgen hilfsbereite Fanatiker für den Kapitalismus das bekannte Schreien, das von dem wirklichen Schuldigen ablenken soll. „Halte den Dieb!“ Wenn viele der heute noch zur nationalsozialistischen Fahne Stehenden wüßten, daß sie dazu mißbraucht werden, die Geschäfte des Großkapitals zu besorgen, würden sie sehr betreten dastehen.

In der deutschen Öffentlichkeit wird mit allen nur irgendwie Erfolg versprechenden Mitteln der Glaube zu wecken versucht, daß die „künstlich überhöhten Löhne“ die gegenwärtige Krise verursachen.

Technischer Fortschritt als Lohndruckmittel ist ein Widerspruch in sich selbst. Wenn die Technik die Erzeugung verbessert und vergrößert, muß sich selbstverständlich auch der Verbrauch steigern.

Arbeiterbewegung und Bolschewismus

Eine zeitgemäße, objektive Betrachtung.

Wenn jemand in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, in einer Zeit, in der die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung Deutschlands einen gewaltigen Aufstieg erlebte, prophezeit hätte, die deutsche Arbeiterklasse müsse sich noch einmal mit dem Befreiungskampf der russischen Arbeiterklasse auseinandersetzen, dann würde man einen derartigen Propheten sicherlich ausgelacht haben.

Entwicklung die gleiche Problemstellung und auch schon frühzeitig Arbeiterorganisationen schuf. Auf keinen Fall konnten jedoch die in jeder Beziehung anders gelagerten russischen Verhältnisse als Wegweiser und Wertmaßstäbe in Betracht gezogen werden.

Das ist seit Kriegsende scheinbar anders geworden. Rußland ist zwar auch heute noch ein Gebiet, das nahezu zehnmal so groß wie Deutschland, ein Land, dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur von den deutschen Zuständen grundverschieden ist.

Diese Feststellung ändert jedoch nichts daran, daß in Rußland schon seit mehr als zehn Jahren der Bolschewismus als ein Exportartikel betrachtet wird. Genau so wie der Faschismus als ein politisches Herrschaftssystem in Italien in verschiedenen Staaten Fuß zu fassen versucht, genau so sind auch die russischen Bolschewisten befreit, durch eine Proklamierung der Weltrevolution seit Jahren in anderen Ländern Stützpunkte zu finden.

Anders dagegen liegen die Dinge in Deutschland. Deutschland, das unbetreitbar den fragwürdigen Ruf genießt, die meisten politischen Parteien zu beherbergen, im Mittelpunkt Europas gelegen, ist heute nicht mehr wie früher ein Kampfplatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Bezeichnend für die bolschewistische Strömung in Deutschland, soweit sie von der kommunistischen Bewegung verförpelt wird, ist jetzt langem der Widerspruch zwischen politischer und gewerkschaftlicher Haltung.

Die politische Einstellung der kommunistischen Bewegung beruht auf dem Gedanken der Diktatur nach russischem Muster. Diese Grundhaltung kommt auch in folgendem Programm klar zum Ausdruck: „Die Erziehung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Erziehung durch die Diktatur des Proletariats.“

Auf diesen Grundgedanken fußend bringt die KPD. es seit Jahren fertig, proletarische Mehrheiten in Parlamenten völlig zu ignorieren, so daß die Sozialdemokratische Partei trotz sozialistischer Mehrheiten stets gezwungen ist, mit anderen Parteien zusammenzugehen, soll sie diesen nicht ausschließlich den Gebrauch politischer Machtmittel überlassen.

glauben verweisen, mit dem nach ihren Verheißungen zum erstenmal die sozialistische Morgenröte andbrechen und damit der erste Erfolg kommunistischer Arbeit sichtbar werden soll.

Nun leben wir augenblicklich auf Grund der politischen Wahlerfolge der antiparlamentarischen Parteien in Deutschland im Zeitalter der Notverordnungen und der politischen Diktaturpläne. Viele, die sonst ein politisches Diktatorsystem grundsätzlich ablehnen, neigen der Auffassung zu, daß die Tagesnotwendigkeiten dazu zwingen, das demokratische Prinzip vorübergehend einmal außer Kurs zu setzen.

Gewerkschaftspolitik der Kommunisten.

Während sie früher analog ihrer verneinenden politischen Haltung auch jede gewerkschaftliche Erfolgsarbeit ablehnten, Tarifverträge, Arbeitsrecht und Sozialgesetzgebung als „reformistischen Berrat“ bezeichneten, nehmen sie neuerdings eine andere Stellung ein.

Der zweite Grundgedanke der bolschewistischen Gewerkschaftstheorie besteht in einer unglaublichen Streikmüde. Zumindest macht man den führenden Gewerkschaften immer wieder den Vorwurf einer mangelnden Streikbereitschaft.

Wenn die Kommunisten trotzdem auf ihre zahlenmäßigen Gewinne bei den Betriebsratswahlen und politischen Wahlen verweisen, dann bleibt zu berücksichtigen, daß diese Ergebnisse mehr als der Ausdruck einer wachsenden Not, einer Erbitterung und geistigen Verwirrung, als Anzeichen eines zielbewußten politischen Willens zu werten sind.

Der Industrie-Nomade

Von der Völkerverwanderung in unseren Tagen.

Vor Hunderten von Jahren wanderten die Völkerscharen in großer Zahl, von den nachdrängenden stets aufs neue vorwärts getrieben, vom Osten nach dem Westen, vom Süden nach dem Norden.

Auch wir leben heute noch in einer ständigen Völkerverwanderung, allerdings handelt es sich um eine Völkerverwanderung ganz eigener Art.

Über ist es keine Völkerverwanderung, wenn die arbeitenden Massen frühmorgens ihre Wohnquartiere verlassen und in millionenfacher Zahl ihre Wanderung nach den Fabriken, Banken, Waren- und Handelshäusern und sonstigen Arbeitsstätten antreten, um dann im Laufe des Nachmittags und des Abends wieder in der gleichen Zahl in die Wohnquartiere zurückzukehren?

Der Rhythmus der Völkerverwanderung von einst und jetzt ist zwar ein anderer. Früher ging es immer vorwärts, heute wogt das Meer der Wandernden hin und her. Über der Grund der Wanderung, ob in neue Landstriche oder an die Arbeitsstätte ist derselbe geblieben.

Wenn wir all die Viertelstunden, ja oft Stunden zusammenzählen würden, die wir zu Fuß, zu Rad, mit der Straßenbahn, dem Zuge auf dem Wege zur Arbeit und zurück zur Wohnstätte verbringen, so würden im Laufe eines Arbeiterlebens nicht nur Tage und Wochen, sondern Monate und Jahre herauskommen.

Nehmen wir den Zeitraum vom Schulaustritt bis zur Invaliditätsgrenze, so sind das 51 Jahre. Nehmen wir an, der tägliche Arbeitsweg betrage insgesamt nur eine halbe Stunde, so verwendet ein Arbeitnehmer dazu rund 330 volle Tage oder nahezu 12 Monate. All diese Stunden, Tage und Jahre sind verlorene Freizeit.

Neben den Arbeitswanderern innerhalb der Stadtgrenze gibt es aber derer, die über die Stadt hinaus, von Stadt zu Stadt oder von Dorf zu Dorf ihren Arbeitsweg hin und her machen müssen, eine beträchtliche Anzahl. Diese modernen Völkerverwanderer werden als Pendler bezeichnet. Sie sind als die eigentlichen Industrie-nomaden zu bezeichnen.

Das Statistische Reichsamt ist den Pendelwanderungsverhältnissen im mitteldeutschen Industriegebiet etwas näher nachgegangen und veröffentlicht hierüber sehr interessante Ergebnisse. (Siehe Wirtschaft und Statistik, 11. Jahrgang Nr. 14.) Nach dem Stande vom Oktober 1929 ergibt sich folgendes Bild:

In dem Zählgebiet mit 3,34 Millionen Einwohnern mit etwa 1,7 Millionen Erwerbstätigen wurden fast 180 000 Pendelwanderer festgestellt. Also: Jeder 20. Einwohner oder jeder 10. Erwerbstätige hat täglich einen kürzeren oder längeren Weg zwischen seinem Wohnort und auswärtigem Betriebsort zurückzulegen. Weiter wurde festgestellt, daß 10 Prozent der Pendler täglich zweimal über eine Stunde unterwegs sind. Fünf Sechstel der Pendler sind Männer, und zwar wieder zum größten Teil Familienväter. Nach der Stellung im Beruf besteht der größte Teil aus Arbeitern; nur 16 v. H. sind Angestellte und Meister.

Vielleicht kostbare Zeit muß also der arbeitende Mensch in seinem Leben mit der Wanderung zu und von der Arbeitsstätte verbringen. Diese Zeit ist eigentlich Arbeitszeit. Der tägliche Arbeitstag beträgt also nicht etwa nur reine 8 Stunden, sondern eben 9 und 10 Stunden und oft noch mehr. Um so länger der Arbeitsweg, um so kürzer die Freizeit, und je kürzer der Arbeitsweg, um so länger die Freizeit. Was läßt sich zur Verkürzung der Arbeitswege tun? Sicherlich zumindest u. a. das eine: Schaffung guter und schneller Verkehrsmittel.

Die Art der Verkehrspolitik kann daher dem Proletarier nicht gleichgültig sein. Hängt doch davon auch das Maß seiner Freizeit mit ab. Sozialistische Verkehrspolitik wird vor allem unter dem Gesichtspunkt betrieben werden: Den Arbeitenden schnell, sicher, bequem und billig an die Produktions- und Verwertungsstätten und zurück in seine Wohnung zu bringen. Sozialistische Verkehrspolitik wird auf Verlängerung der Freizeit gestellt sein. Und Freizeit ist Menschsein. So will der Sozialismus schlechthin: Alles des Menschens wegen. Demokratis.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

# Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich ist, zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Reigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

## Eine eilige Geschichte

Auf dem Wochenmarke einer kleinen Stadt wurden an einem Hochsommerstag des Jahres 1888 die Verkaufsstände aufgebaut. Ein alter gebrechlicher Invalide bemühte sich, den Stand seiner Frau aufzustellen; schwer genug wurde es ihm, die offenen Beine schmerzten. Doch was half es, der kleine Handel war das einzige, von dem die beiden Alten ihre kümmerliche Existenz fristeten. Endlich war die Arbeit beendet; der Stand aufgestellt. Die alte Frau begann die Waren auszuliegen, der alte Invalide ging davon. — Auch die kleine idyllische Stadt hatte ihr Leiden, sie war wasserarm infolge ihrer bergigen Lage und der Ermangelung eines Flusses in ihrer näheren Umgebung. Aus einem höher gelegenen Sammelbecken wurden die wenigen Brunnen der Stadt gespeist. Um unnützen Wasserverbrauch zu vermeiden, wurden die Brunnen unter amtlichem Verschluss gehalten und nur am Morgen und am Abend auf je eine Stunde geöffnet. Die Einwohner, die morgens Wasser bedurften, stellten ihre Bütteln schon am Abend vorher am Brunnen auf, der Reihe nach wie sie kamen. Morgens zur bestimmten Stunde kamen sie und füllten ihre Bütteln unter Aufsicht des Ratsdieners, der den Brunnen, wenn alles abgefertigt war, sorgfältig wieder verschloß. Dasselbe wiederholte sich dann am Abend, indem die Bütteln vom Mittag ab sich wieder ansammelten. Soweit wäre ja nun wohl alles in bester Ordnung gewesen und abgesehen davon, daß spät heimkehrende Jecher oft ihre Zigarren- oder Kautabakreste nirgends besser unterzubringen mußten, als ausgerechnet in den am Brunnen stehenden Bütteln, oder auch, daß manche Hunde mit einem ihrer beiden Hinterbeine nichts anderes anzufangen wußten, als an den Bütteln aufwärts zu heben, — wie gelagt, abgesehen von solchen Kleinigkeiten wäre gewiß noch kein Grund gewesen zum Ekel n. — Nein, keineswegs, eben weil dieses nur Kleinigkeiten waren, gemessen an dem, was durch die Einsichtslosigkeit und Knickigkeit des „Rates der Stadt“ verschuldet wurde. — Der alte Invalide blieb seit jenem Markttag verschollen. Die Polizei hatte längst ihre erfolglosen Bemühungen aufgegeben. Die Wochen vergingen, nur selten noch sprach man von dem Verschollenen.

Das Leben der kleinen Stadt ging seinen gleichen Trott, an dem Brunnen morgens wie abends zur bestimmten Stunde Bürger und Bürgerinnen ihre Bütteln füllend, um die nasse Last auf dem Rücken heimzutragen. Ahnungslos bereitete man die Mahlgemeinde, kochte den Kaffee und ließ sich es wohlbekommen. — Wie alljährlich, so wurde auch in diesem Jahre zur Reinigung des Sammelbeckens geschritten, das Wasser wurde abgelassen. Stinkende Fische stiegen aus dem Grunde auf, Stücker alten Kleidungsstoffs, eine Hand, ein Bein, und schließlich ein ganzer menschlicher Leichnam wurde sichtbar. Mit Kittel und Schürze noch bekleidet, so wie er den Marktplatz verlassen hatte, vor nunmehr sechs Wochen, ruhte friedlich faulend und stinkend im Sammelbecken — der Invalide. Wie eine Epidemie erfaßte es die Bewohner der kleinen Stadt, ein großes Entsetzen, Ekel, Spucken und Erbrechen. Aus weit offenen Augen starrten sie einander an, die Frauen, Männer und Kinder, auf der Straße, in Hausfluren, auf den Treppen standen sie beieinander, die Spießer am Stammtisch, überall die entsetzten Gesichter, erzählend, gestikulierend, schimpfend und spudend. Die ganze Stadt nur ein einziges großes Ekeln, überall nur dasselbe unappetitliche Thema: „Der Invalide im Sammelbecken.“ Der Alte hatte sich empfindlich gerächt an der ganzen Stadt.

Wiederholt hatte er Armenunterstützung beantragt, immer wieder war sie ihm abgelehnt worden. Arbeiten konnte er nicht mehr, um für sich und sein Weib das tägliche Brot zu verdienen, die alten Knochen waren doch zu morsch und verbraucht, dazu das offene Beinleiden, das ihn in der Bewegung arg hinderte. Der kleine Handel brachte nicht sonderlich viel ein, um für beide den dürftigsten Lebensunterhalt zu decken. So war er an diesem Hundeleben verzweifelt, es hätte für ihn keinen Wert mehr, er wollte es aufgeben. Aber der Stadt würde er noch einen Streich spielen, so hatte er sich Bekannten gegenüber geäußert. Er hat Wort gehalten, die Rache des Verzweifelten war ihm gelungen. Aber warum mußte er denn auch gerade diese Art der Rache wählen, warum seinen Mitbürgern dieses zufügen? Waren sie denn schuld an der Einsichtslosigkeit des „Rates der Stadt“? Ja, wenn man gewußt hätte, daß, — ja dann hätte man doch dem Alten gern geholfen usw. — So sagte man jetzt.

Nein, es war doch zu schrecklich, von diesem Wasser hatte man getrunken, gekocht, gebadet und getraut, kurz den alten Invaliden in mannigfacher Form genossen. — Sollte man sich das gefallen lassen, zahlte man dafür seine Steuern, war nicht der „Rat der Stadt“ der Verantwortliche, der Schuldige? Nein, das brauche sich kein ehrsamere Bürger gefallen zu lassen, so meinten alle die Geschäftsleute vom kleinen Handwerk, vom Handel bis zum Fabrikanten, der ganze honette „Mittelstand“ der kleinen Stadt. Die Spießer wurden rebellisch, nein, auf keinen Fall wolle man sich so etwas bieten lassen! Der Bürgermeister sollte abgelehnt werden, selbst für die Armen müsse besser gesorgt werden, dann könne so etwas nicht vorkommen, und sonstiges mehr. Das Ortsblättchen sogar machte in Opposition gegen das Stadtoberhaupt. Eine Deputation wurde entsandt zum Bürgermeister, alles war in Erregung und „Auf-ruhr“.

Da war nun guter Rat teuer, aber er war doch bald gefunden. Im Amtsblättchen war es plötzlich zu lesen: „Im Sammelbecken sei ja gar keine Leiche gefunden worden, eine tolle Erfindung von bösen Klatschmäulern. Jeden, der dieses Gerücht noch weiter behauptet und verbreitet, würde strengste Bestrafung treffen.“ — Zum Zeichen dessen aber, daß diese abscheuliche Geschichte eine gemeine Lüge sei, mußte ein Ratsdiener vor den Augen aller Umstehenden und Vorübergehenden einen Becher Wassers aus dem Sammelbecken leeren. Die Reinigung des Beckens aber war zu dieser Zeit bereits beendet. Trotz allem aber, trotz diesem und jenem und Androhung schwerer Strafe wollte das Munkeln und Tuscheln nicht verstummen, das Ekeln und Spucken nicht enden. Es gab eben Leute, die dabei gewesen waren und die es ganz genau wußten, ja besser sogar als der Bürgermeister. — Da, eines Tages, weitere sechs Wochen waren bereits wieder vergangen, wurde es lebendig in der Stadt. Neugierige Frauen und Männer steckten die Köpfe aus dem Fenster, andere standen vor den Haustüren oder folgten mit einer Schar Kinder einem eigenartigen Umzug. — Ein Leichenwagen mit einem schwarzen Kasten darauf holperte geräuschvoll über das ehrwürdige Kopfsteinpflaster, begleitet von einigen Ratsbeamten und Ratsdienern. Endlich hatte man den Invaliden gefunden! Er hatte doch nicht im Sammelbecken gelegen, so hieß es, er hatte sich im nahen Wald erhängt, unweit des Weges, den täglich Landleute gingen, wenn sie zur Stadt kamen, im niederen Busch hatte er gehangen. Im blauen Arbeitsfittel und Schürze, so wie er fortgegangen war, damals vor bald einem Vierteljahr von seinem Weibe auf dem Markte. Es gab Lastermäuler und Ungläubige, die wollten behaupten, daß der erhängte Invalide der eifrig suchenden Polizei und auch den häufig dieses Weges kommenden Landleuten nicht hätte verborgen bleiben können, wenn er wirklich dort solange gehangen hätte. Mittel und Schürze hätten auch nicht den Eindrud gemacht, als hätten sie ein Vierteljahr in Wind und Wetter sich befunden, und der Strid, der hätte auch so ausgesehen, als sei er noch nicht allzulange den Händen des Seilers entschwunden gewesen. Andere sprachen von Komödie und so. Doch wie dem auch gewesen sein möge, der Bürgermeister selbst wird den Erhängten doch nicht abgehängt und in den schwarzen Kasten gelegt haben, solche unangenehmen Berrichtungen überläßt man gern gewöhnlicheren Sterblichen, die für Lohn und Brot das Maul zu halten haben, zumal dann, wenn man den Bürgern einer ganzen Stadt

das Ekeln abgewöhnen muß. Aber dennoch: „Die Sonne bringt es an den Tag“. Die Zeit heilt alle Schmerzen; allmählich wurde es wieder stiller in der kleinen Stadt. Aber so ganz hat das Ekeln doch nicht aufgehört, man munkelte und tuschelte und spudte immer noch, trotz Strafandrohung, trotz Leichenwagen und Bürgermeister und allem. —

Diese Erzählung ist keine Dichtung, sie ist das wahre Erlebnis eines damals noch jungen, kaum zwanzigjährigen Steinbildhauers, der nach fünfzehnjähriger Wanderschaft als „Vagabund“ von der Landstraße hereingewandert kam. Die kleine Stadt nahm ihn freundlich auf, er fand in ihren Mauern auf acht Monate Arbeit und gastliche Stätte, vor allem aber Ruhe und Schutz vor der Gendarmerie und Arbeitskolonie. Dankbaren Herzens, mit einer sauberen „Flepp“ versehen, schied er von dieser kleinen Stadt, dankbar auch heute noch für diese Erfahrung, um die sie ihn bereichert hat. Er hat auch mit aus demselben Sammelbecken gelebt, aber gekelt hat er sich nicht, das hatte man ihm auf der Landstraße längst abgewöhnt. Eine teuflische Freude aber hat er empfunden über die wildgewordenen Spießer, die, ohne Ausnahme, deselben „Genusses“ teilhaftig geworden waren wie der ärmste Prolet, und sich dann eine so plumpe und unwürdige Komödie vorspielen ließen. — In die Chronik der kleinen Stadt wird diese Geschichte kaum Eingang gefunden haben, damit sie aber nicht ganz vergessen wird, hat sich der damalige „Vagabund“ hingesezt und sie niedergeschrieben. C. Bg.

## Der kleinste Staat der Welt

Außer dem Vatikan, der mit seinen 550 Einwohnern ein winziges Staatsgebilde ist, gibt es noch einen zwerghaften Staat, eine kleine Insel an der Küste Englands. Die Insel hat die Rechte eines unabhängigen Landes, wenn sie auch unter britischer Oberhoheit steht. Wie die „Amisbau“ hierüber berichtet, ist die Insel 4 Kilometer lang und 1 bis 1½ Kilometer breit. Auf ihr ist ein Leuchtturm mit seinen Nebengebäuden, einige Farmhäuser sind da, eine kleine Kirche und das Schloß des Inselbesizers. Die Erträge der Insel sind bescheiden. Eine Schafherde, einige Ringer und etwas Gemüsebau genügen für die Bedürfnisse der kleinen Bevölkerung, die aus 17 ständigen Bewohnern besteht. Ein Unternehmen ist allerdings auch auf der Insel, und zwar ein Granitsteinbruch. Der wird aber durch Arbeiter, die täglich zur Insel überlegen, in Betrieb gehalten. Schon in vorgeschichtlicher Zeit war die Insel bewohnt. Sie hat besondere Briefmarken. Auch das Münzrecht wurde dem Besitzer der Insel vor 100 Jahren vom englischen König verliehen. Derlei haben wir allerdings nicht, wenn auch Deutschland noch Zwergstaaten aufweist. Die Reichsreform ist eben eine Notwendigkeit! Aber auch eine andere Verteilung der Bevölkerung wäre nötig. Daß wir in Deutschland noch rund 12 000 Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern haben und rund 34 000 Gemeinden mit 100 bis 150 Einwohnern, zeigt, daß wir den alten Agrarstaat noch nicht überwinden haben. Die alte Zeit ist praktisch noch nicht in allen Spuren verschwunden. Zwischen den Weltepochen ist stets eine breite Zeit des Ueberganges.

## Schallplatten gegen Stuhlverstopfung

Von Dr. C. Kayser.

Das ist der neueste Schläger! Es handelt sich dabei aber nicht etwa um die Einnahme von Pulvern oder Tabletten, die man aus Schallplatten herstellt, auch nicht um einen Extrakt, der dem Kranken eingespritzt wird, sondern die Schallplatte wird vielmehr in den Dienst der Elektro-Medizin gestellt.

Elektrische Ströme geringer Stärke und niedriger Spannung werden schon seit vielen Jahrzehnten zur Funktionsprüfung von Muskeln, zur Behandlung gewisser Lähmungs- und Schwächezustände und schließlich auch zur Schmerzbekämpfung benutzt. Da sich mit der Zeit herausgestellt hat, daß die Nervenregbarkeit der Muskeln eine sehr verschiedenartige ist und Ströme von ganz bestimmtem Rhythmus verlangt, so kann man nach Methoden, die eine solche Anwendungsmöglichkeit in jedem einzelnen Falle gewährleisten. Dr. G. Oppenheim (Frankfurt a. M.) hat sich für diese Zwecke mit Erfolg der Verwendung von Schallplatten bedient und berichtet hierüber auf der Berliner Funkausstellung.

Er ging von der Ueberlegung aus, daß Schallplatten nicht nur zur Aufnahme und Wiedergabe von Tönen, sondern auch zum Erzeugen von Elektroden und Röhrenverstärker auch jeden rhythmisch verlaufenden elektrischen Vorgang „naturgetreu“ wiedergäben. Es konnte nachgewiesen werden, daß solche Ströme Frequenz und Form der auf den Schallplatten enthaltenen Tongebilde hätten, und sich so als sogenannte „modulierte“ Gleich- und Wechselströme verwenden ließen. Mit solchen Strömen von bestimmter Frequenzbreite sei es gelungen, z. B. eine Schmerzempfindlichkeit gewisser Körperteile zu erzielen, die zur Vornahme kleinerer chirurgischer Eingriffe ausreichte. Auch eine genaue Messung der Muskelregbarkeit überhaupt werde so ermöglicht, und schließlich könne festgestellt werden, bei welcher Frequenz und Stromstärke die aufgelegten Elektroden einen Muskel am besten in Erregung versetzten. Da die gewöhnliche Schallplatte imstande sei, jeden gewünschten Rhythmus zu liefern, um dadurch einen Muskel seiner natürlichen Funktion entsprechend zu bewegen, so seien z. B. Marsch- oder Tanzplatten besonders geeignet für die Muskulatur der Beine, der Rhythmus des gesprochenen oder gesungenen Wortes für die elektromedizinische Beeinflussung der Lippen-, Zungen- und Kehlkopfmuskulatur. Das gleiche gilt auch für die sogenannten „unwillkürlichen“ Muskeln, d. h. für Herz, Darm und andere.

Wenn sich diese Versuche bestätigen sollten, dann eröffnen sie uns die schönsten und kühnsten Zukunftsträume! Wird es wirklich bald so weit sein, daß der Arzt dem pensionierten General für seine tranken Beine dreimal täglich Auflegen des Hohenfriedberger Marsches verordnet, oder dem durch Börsenverluste nervös gewordenen Bankdirektor: morgens und abends den Schluchor aus Beethoven's Reuter Symphonie: „Seid umschlungen Millionen“? Nun, noch ist's nicht so weit! Nichts wäre verkehrter, als wenn ein Kranter schon heute Hoffnungen auf diese Methode setzen wollte, bevor eine ernste, wissenschaftliche Nachprüfung ihre Richtigkeit und Verwendbarkeit im Dienste der Medizin erwiesen hat.

## Das Unglück auf der Straße

Die Arbeiterschaft stellt den größten Teil der Menschen, die auf der Straße im Getriebe modernen Verkehrs verunglücken. Hiermit hängt es wohl zusammen, daß nach statistischen Untersuchungen fast die Hälfte aller tödlichen Unglücksfälle allein auf die hellen Nachmittagsstunden entfällt, also auf die Zeit, zu der die Arbeiter von der Arbeit nach Hause kommen. Die Nacht, der Morgen, der Mittag, all diese Zeiten zusammen bedeuten nicht soviel Unglück wie der Nachmittag allein.

Den stärksten Anteil an den Unfällen hat die innere Stadt. Eine gewisse Gefahrezone bedeutet auch die Peripherie der Städte. Die geringste Anzahl von Unglücksfällen tödlichen Ausgangs weisen die Ausfallstraßen auf.

## Das muß man sich merken:

### Die kälteste Stadt.

Der kälteste Punkt der Erde läßt sich nicht etwa von unsern Meteorologen berechnen, wie vielleicht die Entfernung eines Sternes von den Astronomen, sondern die Forschung ist dabei auf die jahrelangen Temperaturbeobachtungen in den einzelnen Orten angewiesen, die man miteinander vergleicht und die Durchschnittstemperatur errechnet. Dabei soll man festgestellt haben, daß die Stadt Jerschojansk in Sibirien die kälteste Stadt der Welt ist. Man verzeichnet dort im Januar über 50 Grad Kälte und im Juli nur 13 Grad Wärme!

### Wie weit reicht der Schall?

Die Reichweite des Schalles wird von verschiedenen Umständen, z. B. der Windrichtung und der Windstärke, wesentlich beeinflusst. Auch die Umgebung, Wald, Geräusche, Wasserflächen usw. sind nicht ohne Einfluß. Als man einmal die Reichweite des Schalles nach oben im Freiballon nachprüfte, kam man zu ganz überraschenden Ergebnissen. In 500 Meter Höhe hörte man das Rufen von Menschen, in 900 Meter Froschgequacke, in 1400 Meter Militärmusik, in 1500 Meter Kirchenglocken, in 1800 Meter das Knallen eines Gewehrshots, in 2500 Meter das Rollen eines fahrenden Zuges und in über 3000 Meter das Pfeifen der Lokomotive!

### Straßenpflaster aus Papier.

Russische Ingenieure berichten in der russischen wissenschaftlichen Presse darüber, daß es ihnen gelungen ist, Papiermasse unter hohem Druck und unter Zusatz von Bitumen zu Pflastersteinen zu verarbeiten, die die Härte und Festigkeit unserer üblichen Pflastersteine wesentlich übertreffen sollen. Sie hätten einen gummiähnlichen Charakter, wären elastisch und dämpften Lärm und Stoß wesentlich ab. Bei Regenwetter wird es nicht schlüpfrig und die beim Asphalt zu beobachtende Gleitgefahr würde vollständig ausgeschlossen. (Siehe auch Rundschau „Steinarbeiter“ Nr. 43. Red.)

### Verdrehtes aus der Chemie.

Wir müßten mit unserem Laienverstand eigentlich annehmen, daß der Hauptbestandteil des Wassers (88,8 Prozent) der Wasserstoff sei. Das ist aber nicht der Fall, sondern dieser Stoff heißt — Sauerstoff! Umgekehrt: Wir finden als Bestandteil aller Säuren ein chemisches Element, aber nun nicht etwa den Sauerstoff, wie man vermuten könnte, sondern — den Wasserstoff! Diese offensichtlich doch falschen Bezeichnungen sind darauf zurückzuführen, daß man sich zur Zeit der Entstehung dieser Namen nicht über die Bedeutung der einzelnen chemischen Elemente klar war, sie verdanken also wissenschaftlichen Irrtümern ihre Namen.

### Das Alte stürzt . . .

Das Verwaltungshaus der freien Gewerkschaften in Aachen besaß früher das Hotel „Londoner Hof“, die vornehmste Gaststätte Aachens, in der hohe und höchste Herrschaften abzustiegen pflegten. Es wirkte wohl als Treppenwitz der Weltgeschichte, daß hier im Jahre 1792 die Häupter der französischen Gegenrevolution — der Herzog von Enghien, der Herzog Friedrich von York, der Erbprinz von Oranien, ein Graf von Metternich u. a. — sich zusammensanden und Pläne gegen den Geist der neuen Zeit schmiedeten. Hier kann man wirklich sagen: Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit!

### Kinderlose Ehen.

Während früher das Zwei-Kinder-System sehr stark propagiert wurde, hat in letzter Zeit das Kein-Kinder-System sehr starken Umfang angenommen, in ganz Deutschland sind 40 Prozent aller Ehen kinderlos, 13 Prozent der Ehen haben ein Kind, 20 Prozent der Ehen zwei Kinder, 12 Prozent der Ehen drei Kinder und 15 Prozent der Ehen vier Kinder und mehr. Das Verhältnis der kinderlosen Ehen tritt in den Großstädten, wo die Aufklärung über Schwangerschaftsverhütung stärker verbreitet ist, noch mehr in Erscheinung. In Berlin sind z. B. 54 Prozent aller Ehen kinderlos. Ueber die Zusammenhänge dieses Kein-Kinder-Systems mit den Wirtschaftsverhältnissen in Deutschland ist wohl kein Wort zu verlieren.

### Die Kriegssopier.

Bei der diesjährigen Zählung der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen stellte man noch immer 1,7 Millionen Personen fest, die versorgungsberechtigt sind. Davon entfallen auf versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte 838 360 Personen, auf Kriegserwitwen 360 930 Personen und auf Voll- und Halbwaisen 495 405 Personen. Die Zahl der Kriegserwitwen ist besonders stark zurückgegangen, im Jahre 1924 zählte man von ihnen noch 1 027 972 Personen. Die Versorgung der Kriegserwitwen dürfte mit den Jahren 1925/26 vollständig beendet werden.

### Was ist Stahl?

Während man früher als Stahl solches Roheisen oder Schmiedeeisen bezeichnete, dem man künstlich Kohlenstoff zugeführt hatte, hat man sich in den Eisen- und Stahlindustrien darauf geeinigt, daß als Stahl alles ohne Nachbehandlung schmiedbare Eisen zu bezeichnen sei. Man ist zu dieser Lösung gekommen, weil es praktisch schwer möglich war, eine scharfe Grenze zwischen „schmiedbarem Eisen“ und „Stahl“ zu ziehen. Der in flüssigem Zustand gewonnene Stahl wird als Flußstahl, der in teigigem Zustand gewonnene als Schweiß- oder Puddelstahl bezeichnet.

### Schienen . . .

Die deutsche Reichsbahn verfügt über mehr als 120 000 Kilometer Schienengleise, das genügt, um die Erde dreimal am Äquator damit zu umspannen. 53 000 Kilometer liegen davon auf Schnellzugstrecken, 24 000 Kilometer auf sonstigen Hauptstrecken und 44 000 Kilometer auf Nebengleisen. — Man verwendet heute schon Eisenbahnschienen von 60 Meter Länge, die aus Flußstahl hergestellt sind. Diese Schienen wiegen je laufenden Meter über einen Zentner. Noch vor wenigen Jahren betrug die Schienenlänge kaum ein Drittel der heutigen.

### Golddeckung . . .

Bei allen Debatten über Währungsfragen spielt die Golddeckung eine große Rolle. Interessant ist, daß die Golddeckung nicht etwa währungstechnischen Ueberlegungen ihren Ursprung verdankt, sondern dem Zufall. Die Golddeckung stammt aus England. 1844 schuldete der englische Staat der Bank von England große Geldsummen, für die Zinsen bezahlt werden mußten. Um sich dieser Verpflichtung zu entledigen, wurde den Privatbanken das Recht, Noten auszugeben, entzogen und es allein der Bank von England übertragen. Diese mußte für die Noten Golddeckung bereithalten, und zwar in voller Höhe abzüglich der Summe, die der Staat der Bank schuldete. Das Ergebnis dieses Abkommens war, daß der Notenumlauf etwa zu 30 Prozent mit Gold gedeckt war. Und diese durchaus zufällige Höhe wurde dann von anderen Staaten, auch von Deutschland, übernommen, und um dieses zufällige währungstechnische Gelekreiten sich jetzt die Wirtschafts- und Finanzpolitiker fast aller Länder. hlw.